

AUFTRAG

The background of the entire cover is a close-up photograph of dandelion seed heads. The seeds are dark and silvery, with their fine, feathery parachutes catching the light. The background is a warm, golden-orange glow, suggesting a sunset or sunrise, which creates a soft, ethereal atmosphere. The dandelion heads are in various stages of being blown away, with some still attached to their stems and others floating in the air.

ISSN 1866-0843

VERBANDSZEITSCHRIFT
der Gemeinschaft Katholischer Soldaten

03.2020 | Heft 307

Frieden & Wandel

„Wandel im Militär“
Altes Personal, neue Uniformen!

„Innovativste Stadt der Welt“
Das Wunder von Medellín

NATO
Das Bündnis im Wandel

Alle reden von **Digitalisierung!** –
Bei uns ist sie **Teil des Verbandslebens!**

GKS Online-Seminar

**Wenn persönliche Treffen, Themenwochenenden
und Präsenzveranstaltungen nicht möglich sind:**

Wir bieten Ihnen auch 2021 eine Alternative!

» **spannende Themen** aus den Bereichen Sicherheitspolitik,
Friedensethik, Innere Führung, Politik, Kirche und Verbandsarbeit

» **Interessante Referent*innen** aus Bundeswehr, Politik,
Wissenschaft wie auch aus den eigenen Reihen

» **gut in den Alltag integrierbar:** (immer mittwochabends 19.30 bis 21.00 Uhr)

Zur Teilnahme benötigen Sie einen Computer, Laptop oder ein Smartphone mit Kamera.

Termine und Programmpunkte finden Sie auf unserer Homepage:

<https://gemeinschaft-katholischer-soldaten.de>

Editorial

*„In vielen Bereichen des Lebens
führte CORONA zu einem
Wandel, der zuvor nicht möglich
gewesen wäre.“*

Das Jahr 2020 wird in die Geschichte eingehen!
Ein Virus, das seinen Ursprung auf einem
chinesischen Markt hatte, legt unsere Welt
lahm. Viele Dinge, die normal schienen und zu
unserem Alltag gehörten, waren plötzlich nicht mehr
oder nur noch unter großen Auflagen möglich.

Mit viel Fantasie wurde nach Lösungen gesucht, die
ein einigermaßen „normales“ Leben ermöglichen und
dabei trotzdem das Maximum an Sicherheit bieten
können. In vielen Bereichen des Lebens führte dies zu
einem Wandel, der vor Corona nicht möglich gewesen
wäre. Auch unsere Kirche war von diesen Anpassungen
nicht ausgenommen. Die **Leiterin des Dezernates
Seelsorge im Erzbistum Berlin, Uta Raabe**, hat uns in
dieser Ausgabe ihre Sicht der Dinge geschildert.

Als im Jahr 1989 in der damaligen DDR die Menschen
immer lauter Änderungen und Anpassungen forderten, war
nicht absehbar, welchen Wandel diese Geschehnisse für
unsere Welt bringen würden. War die Wiedervereinigung
der beiden deutschen Republiken ursprünglich nicht das
erklärte Ziel, entwickelten sich die Dinge dann doch in
diese Richtung. Mit der Wiedervereinigung verbunden war
auch die **Auflösung der Nationalen Volksarmee der DDR**
und die Eingliederung von Teilen der damaligen Soldaten
in unsere Bundeswehr. Dass dies keine leichte Aufgabe
war, die rückblickend aber als gelungen bezeichnet werden
kann, ist all jenen, die damals im aktiven Dienst waren,
bewusst. Um diesen wichtigen Teil unserer Geschichte
auch unseren jüngeren Leserinnen und Lesern nochmals
aus der Innensicht von Zeitzeugen näher zu bringen,
haben wir neben unserem Ehrenbundesvorsitzenden



Foto: A. Quirin

Andreas Quirin

Stabshauptmann
Bundesvorsitzender der GKS

Oberst a. D. Karl-Jürgen Klein und unserem Mitglied
Oberstleutnant a. D. Hans-Georg Schellhaas auch den
letzten Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR,
Rainer Eppelmann, für einen Beitrag gewinnen können.

Nicht erst seit der Kritik des französischen Staatspräsidenten
Emmanuel Macron steht die NATO vor der Frage, in welche
Richtung sich das Bündnis weiterentwickeln muss. Waren
fast dreißig Jahre lang Einsätze und Operationen außerhalb
des Bündnisgebietes an der Tagesordnung, haben sich
die Schwerpunkte spätestens mit der Annektierung der
Krim durch Russland deutlich in Richtung der Landes- und
Bündnisverteidigung verschoben. **Generalmajor Josef Blotz**,
stellvertretender Kommandierender General des Eurokorps
in Straßburg, hat uns hierzu als langjähriger Kenner der
Entwicklungen in der **NATO** seine Gedanken aufgeschrieben.

Auch in dieser schwierigen Situation für unser Land
und unsere Gesellschaft begehen wir in wenigen
Wochen das Weihnachtsfest. Ohne zu wissen, wie wir
in diesem Jahr das für uns Christen wichtigste Fest
feiern können, möchte ich dieses Editorial dennoch
nutzen, **Ihnen und Ihren Angehörigen ein friedvolles,
besinnliches und vor allem gesundes Weihnachtsfest
und einen guten Start in das Jahr 2021 wünschen!**

Ihr Andreas Quirin



Innovativste Stadt der Welt
Das Wunder von Medellín

12

GKS-Meldungen

- 06 Online-Seminar: Technologie, Fähigkeiten, Ethik
- 07 Der Bereich Süd hat gewählt
- 08 Auf Wiedersehen, Hubert!
- 08 Personalwechsel GKS-Homepage
- 09 Nachruf: Zum Tod von Prälat Walter Theis

Titelthemen

- 18 **Fotostrecke:** Die Seilbahn -
das Verkehrsmittel der Zukunft?
- 20 30 Jahre „Armee der Einheit“
- 26 **Interview:** Wenn aus
Gegnern Kameraden werden
- 28 NATO: Das Bündnis im Wandel
- 32 Der Volkstrauertag –
ein Ritual mit Resonanz?
- 38 Der Status der Hagia Sophia
- 41 **Trilogie:** Das Wort Frieden im Christentum

Weitere Rubriken

- 03 Editorial
- 10 Wort des geistlichen Beirats
- 34 GKS-Standpunkt
- 27 Karikatur
- 44 Medien/Buchempfehlung
- 46 Menschen der GKS
- 47 Vorschau/Impressum



Foto: Pixabay

CORONA und die Kirche:

„Auf einmal waren Dinge
möglich, die vorher nicht
möglich waren.“

36



Foto: Shutterstock

Wandel im Militär
Altes Personal, neue Uniformen!

20

Technologie, Fähigkeiten, Ethik – Eine Dreiecksbeziehung für die Streitkräfte im Zeitalter hybrider Verteidigungsstrategien

Referent und Impulsgeber für dieses Online-Seminar der GKS war der Stellvertreter des Inspektors der Luftwaffe, Generalleutnant Dr. Ansgar Rieks. Mehr als 30 Personen nahmen an diesem Online-Seminar teil.

In der Gesellschaft und noch stärker in der Bundeswehr ist die zunehmende Technisierung und Automatisierung bereits strukturell angelegt – aufgrund der geringer werdenden Zahl der zur Verfügung stehenden Menschen und der immer höher werdenden Anforderungen ist sie notwendig, wenn wir mit den Aufgaben und ihrer Erfüllung Schritt halten wollen. Insoweit ist eine technische Weiterentwicklung ein Faktum, das nicht wegdiskutiert werden kann.

Ebenso zeigt uns die Erfahrung, dass alles, was vorstellbar ist, auch eine mögliche Zukunft darstellt, und dass „Denkverbote“ im Bereich technischer Entwicklung keinesfalls dazu führen, dass diese Entwicklungen nicht gemacht werden.

Vor diesem Hintergrund gelte es, **„die technischen Entwicklungen ethisch zu begleiten, ihre Folgen einzuordnen und ihre Verwendung aufgrund dieser ethischen Einordnung zu steuern“**, formulierte **Generalleutnant Dr. Ansgar Rieks** die Ausgangslage einer Ausführungen, **„denn technische Entwicklungen sind fast immer wertneutral, erst durch ihren Einsatz werden sie gut oder böse“**. So kann ein Nudelholz zur Erstellung köstlicher Kuchen verwendet werden, aber auch als Mordinstrument dienen.

Nachdem die Ausgangslage abgesteckt war, näherten wir uns der Ausgangsfrage, indem wir zuerst den Blick auf die technischen Entwicklungen im aktuellen strategischen Umfeld richteten und damit auf Bereiche wie Drohnen, Vernetzung und Künstliche Intelligenz. Wo liegen die Vorteile? Welche Gefahren sind damit verbunden? Wie sind diese ethisch zu bewerten?

Ethik braucht ein Wertesystem, das als Bewertungsmaßstab bei Sachverhalten, Folgenabschätzungen usw. dient, um so die Entscheidung von „gut“ oder „böse“ treffen zu können. Hier bietet der christliche Glaube ein gutes Gerüst für Bewertungskriterien, ausgehend von den zehn Geboten als Grundlage jeder christlich-ethischen Überlegung, über die Kriterien des gerechten Krieges bis hin zur Lehre vom gerechten Frieden.

MELDUNGEN AUS DEM VERBAND

Was aber bedeutet das in unserer konkreten Situation mit Blick auf die technischen Entwicklungen und die Streitkräfte?

Um diese Frage beantworten zu können, ging es im nächsten Schritt darum, das bisher Gehörte einzuordnen. Häufig ist es so, dass die ethische Einordnung und Bewertung erst dann erfolgt, wenn eine technische Entwicklung bereits angewendet wird. Dann wird „plötzlich“ deutlich, dass mit dieser Anwendung Risiken verbunden sind, die großen Schaden anrichten können. Ethik ist heute häufig dazu verdammt, aus der Rückschau bewertet werden zu müssen. Damit wird aber die Chance verpasst, bereits ethisch steuernd in den technischen Entwicklungsprozess einzugreifen. Im Nachhinein Veränderungen zu erwirken, bedarf eines immensen Kraftaufwandes und ein Erfolg ist unsicher.

Notwendig wäre also die ethische Einmischung zu einem viel früheren Zeitpunkt, dann nämlich, wenn eine technische Entwicklung von der Industrie umgesetzt und eingesetzt und damit anwendbar gemacht wird. Hierzu bedarf es ethischer Kriterien, die konkret auf die modernen Entwicklungen bezogen sind, und es bedarf eines Miteinanders von Fachleuten aus Entwicklung, Industrie, Anwendung und Ethik, die gemeinsam auf konkrete Technikanwendungen schauen, um bereits in der Umsetzungsphase für ethische Fragen und Problemstellungen Lösungen zu suchen.

Die Entwicklung solcher ethischen Kriterien geht uns alle an, da die Folgen auch uns alle betreffen. Wir brauchen also darüber hinaus einen gesamtgesellschaftlichen Dialog hierüber. Aber: Die technische Entwicklung macht nicht halt. Notwendig ist deshalb, dass dieser Dialog auch Ergebnisse bringt, die dann angewendet werden können. ■

Regina Bomke
GKS-Geschäftsführerin

Der Bereich Süd wählt neuen Vorstand

Der Bereich Süd hat auf der Dekanatsarbeitskonferenz im Oktober 2020 einen neuen Vorstand gewählt, **Leutnant Marcel Rost**. Leutnant Rost hat der verschiedenen Veranstaltungen der GKS an entscheidender Stelle mitgewirkt und verfügt neben seinem theoretischen Wissen über den Verband auch über die nötige Erfahrung an der Basis der Gemeinschaft.

Seine Stellvertreterin ist **Leutnant Miriam Cieslar**, seine Stellvertreter sind **Oberstleutnant Hermann Hofer, Stabsfeldwebel Werner Eickmann und Oberstabsfeldwebel a. D. Reinhard Kießner**.

Im Anschluss wurde Stabsfeldwebel a. D. und Oberstabsfeldwebel d. R. Burkhard Küttner wieder zum Bereichsgeschäftsführer gewählt.

Neben den Delegierten aus Baden-Württemberg und Bayern mit ihren Angehörigen gratulierten auch Militärdekan Artur Wagner, Militärdekan Alexander Prosche und Oberstleutnant Gereon Gräf (Vorsitzender des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof) und wünschten Glück, Erfolg sowie Gottes reichen Segen für die Arbeiten und das Wirken in der katholischen Militärseelsorge insbesondere in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. ■

Stefan Nüßle
Vorsitzender GKS-Kreis München
Fotos: Theodor Forstner/Stefan Nüßle



Symbolische Staffelstabübergabe des „alten“ Bereichsvorsitzenden OTL Rufin Mellentin (links) an seinen Nachfolger Lt Marcel Rost



Der neue Bereichsvorstand Süd mit dem Vorsitzenden des Katholikenrats beim Katholischen Militärbischof, OTL Gereon Gräf.

Danke, Hubert!

Wechsel in der Verantwortlichkeit für die Homepage



Foto: GKS

Die GKS-Homepage ist eng mit dem Namen **Hubert Berners** verbunden. Als IT-Beauftragter der GKS ist er das „digitale Hirn“ der GKS und stets darauf bedacht, dass der Verband technisch auf dem Stand der Zeit ist. So war es ihm ein Anliegen, als sich abzeichnete, dass das weltweite Web immer mehr an Bedeutung gewinnen würde, für die GKS eine

Homepage zu entwickeln. Und er blieb dieser Aufgabe treu: Über mehr als zwei Jahrzehnte hat er die Homepage weiterentwickelt, sie den neuen Möglichkeiten angepasst, die neuen Seh- und Nutzungsgewohnheiten der „User“ umgesetzt und uns immer wieder mit seinem Standardsatz **„Ich kann nur einstellen, was ich geliefert bekomme“**, dazu angespornt, uns um aktuelle Inhalte zu kümmern.

Mit dem 1. Oktober 2020 hat Hubert das Amt des GKS-Webmasters in die Hände von Thomas Rohloff gelegt.

An dieser Stelle, lieber Hubert, ein ganz herzliches Dankeschön für Deine Arbeit, die wesentlich zur Außenwirkung der GKS und zur verbandsinternen Information beigetragen hat. Gut, dass es Menschen wie Dich gibt! Was noch besser ist, Du wirst uns weiterhin als IT-Beauftragter und „technisches Hirn“ des Verbandes erhalten bleiben.

Und ganz offiziell an dieser Stelle: Herzlich willkommen Oberstabsfeldwebel Thomas Rohloff als GKS-Webmaster unserer Homepage. Auf gute Zusammenarbeit und viele spannende und innovative Ideen für unsere Homepage! ■

Regina Bomke
GKS-Geschäftsführerin

Der neue GKS-Webmaster stellt sich vor

„Das Feedback zeigt mir, dass ich gute Arbeit leiste“



Foto: Thomas Rohloff

Ich heiße Thomas Rohloff, bin 48 Jahre alt und seit 24 Jahren mit meiner Frau Nicole verheiratet. Unsere Töchter, 13 und 16 Jahre, sind seit Jahren ehrenamtlich in unserer Kirchengemeinde tätig. Meine ersten Berührungspunkte mit der GKS hatte ich durch Oberstleutnant Michael Nickolaus im Kreis Köln Wahn. Unsere

Familien konnten bisher viele schöne Stunden im Kreise der Gemeinschaft Katholischer Soldaten erleben. Als ich 2017 nach Bonn versetzt wurde, legte ich meine Ämter als Geschäftsführer und stellvertretender Vorsitzender im GKS-Kreis Köln Wahn nieder. Inzwischen bin ich wieder stellvertretender Vorsitzender – allerdings im GKS-Kreis Bonn.

In meiner Freizeit segle ich gemeinsam mit meiner Familie. Inzwischen besitze ich den Sportküstenschifferschein und noch weitere Zeugnisse rund um den Segelsport. Im Zuge des Vereinslebens bilde ich unsere Vereinsmitglieder zum See- und Binnenschiffahrtsfunk und zum Fachkundennachweis für Seenotsignalmittel aus. Seit März 2020 bin ich der Vorsitzende der Segler-Kameradschaft Troisdorf, die ihr Zuhause in der Luftwaffenkaserne Köln Wahn hat.

Etwas zu meinem technischen Hintergrund

Ich habe 2011 meine Firma „Rohloff - Internet und EDV-Dienstleistungen“ gegründet, die ich selbst führe. Meine Tätigkeiten reichen von der Administration und Einrichtung von Büro-IT über Hotspots-Installationen bis hin zur Betreuung von Internetseiten. Das Feedback meiner Kunden zeigt, dass ich gute Arbeit leiste, auf die ich stolz bin.

Hauptberuf Soldat

Hauptberuflich bin ich aber Soldat und leiste als Oberstabsfeldwebel meinen Dienst im Kommando Cyber- und Informationsraum in Bonn. Im November 2017 wurde ich dort zum Vorsitzenden des örtlichen Personalrats gewählt. Es erfüllt mich, mich für die Angehörigen des KdoCIR einzusetzen. Ich möchte hervorheben, dass dieser Erfolg dem gesamten örtlichen Personalrat zu verdanken ist. ■

Thomas Rohloff
Webmaster der GKS-Homepage



Foto: GKS

Nachruf

Zum Tod von Prälat Walter Theis

Kurz vor der Drucklegung dieser Ausgabe erreichte uns die traurige Nachricht, dass der ehemalige geistliche Beirat der GKS, Herr Leitender Militärdekan Prälat Walter Theis überraschend verstorben ist.

Prälat Theis war von 1981 bis 2001 der geistliche Beirat auf Bundesebene und zugleich als Leiter des Referats „Kirche und Gemeinde“ auch Beauftragter des Militärbischofs für die Zentrale Versammlung, dem Vorläufer des Katholikenrats. Die Begleitung des Laienapostolats in der Kirche unter Soldat*innen war ihm eine Herzensangelegenheit, die er mit Engagement und Freude ausübte. Dies tat Prälat Theis insbesondere auch, weil dadurch aus seiner Sicht das partnerschaftliche und mündige Miteinander in der katholischen Kirche und damit auch die gelebte Gemeinschaft aller Christen deutlich erlebbar werden konnte. Dies zu unterstützen war für ihn eine wichtige Aufgabe seines priesterlichen Wirkens.

Mit hoher inhaltlicher Kompetenz ausgestattet, diplomatisch, fröhlich und immer bereit, das *Seine*

dazu beizutragen, forderte er uns Laien auf, in allen Lebensbereichen Zeugnis für unseren Glauben abzugeben, die Zeichen der Zeit zu erkennen und unser Handeln und den Verband daran auszurichten.

Er prägte das Selbstverständnis unserer Gemeinschaft in den Zeiten des notwendigen Wandels in den 1980er und 1990er Jahren, arbeitete an entscheidender Stelle bei der inhaltlichen Aufstellung des Verbandes mit und war den Mitglieder*innen des Bundesvorstands ein treuer seelsorglicher und geistlicher Begleiter. Viele Entwicklungen der Gemeinschaft in diesen Jahren tragen dabei seine Handschrift. So schlug er im Jahr 1985 der Bundeskonferenz vor, eine offene Akademie ins Leben zu rufen und diese nach dem im Jahr 1983 verstorbenen ersten Sprecher des Königsteiner Offizierkreises Oberst Dr. Helmut Korn zu benennen.

Wichtig war ihm, der Blick über den Tellerrand, auf das Gesamtkatholische. Deshalb engagierte er sich im und für das Apostolate Militaire International (AMI), durch das die katholischen Soldat*innen eine hörbare Stimme in der Weltkirche bekamen. Besonders kamen ihm dabei seine Sprachkenntnisse und die Auslandserfahrung aus den Vereinigten Staaten als Militärseelsorger zu Gute.

Für seine hochengagierte Erfüllung seines Dienstes als geistlicher Beirat wurde Prälat Theis im Oktober 1987 als erste Persönlichkeit mit dem neu geschaffenen Großen Kreuz der GKS ausgezeichnet.

„Dass ich Ihrem Tun weiterhin verbunden bleibe, ist selbstverständlich“, waren seine Schlussworte, bei seiner Rede zur Verabschiedung im Rahmen der 41. Woche der Begegnung im Jahr 2001. Und er blieb diesem Versprechen treu. Bis kurz vor seinem Tod war Prälat Theis der Arbeit der GKS verbunden. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit, letztmalig bei einer Veranstaltung im Katholischen Militärbischofsamt, sprach er mit Begeisterung von den Erinnerungen an seine GKS. Gut informiert über die aktuellen Entwicklungen in der Gemeinschaft waren diese bei solchen Anlässen immer wieder auch Gesprächsthemen.

Als Priester des Bistums Mainz verbrachte Prälat Theis seinen Ruhestand, in den er nach 35 Jahren im Dienst der Militärseelsorge im Jahr 2003 versetzt wurde, in seinem Heimatbistum Mainz, wo er in der zweiten Novemberwoche 2020 starb.

Wir werden Prälat Walter Theis in ehrendem Andenken bewahren und bitten unseren Herren und Gott ihm den ewigen Frieden zu schenken. ■

Andreas Quirin
Stabshauptmann und Bundesvorsitzender der GKS

„Friede ist allweg in Gott, denn Gott ist der Friede. Und Friede mag nicht zerstört werden. Unfriede aber wird zerstört.“

Nikolaus von der Flüe



Foto: Regina Bomke

Das WORT des geistlichen Beirats

Dass es sich bei „Krieg und Frieden“ um Gegensätze und bei „Frieden und Gerechtigkeit“ um Verbindendes handelt, mag nachvollziehbar sein. Was aber um Himmels Willen ist unter „Frieden und Wandel“ zu verstehen? Ist das nicht eindeutig mehrdeutig? Geht es um den Friedensbegriff, den Friedensgedanken, die Bedeutung von Frieden im Wandel der Zeit? Dann wäre es naheliegend, den Bogen vom prähistorischen China (5000 v. Chr.), über die Europäische Antike und das Mittelalter bis in die Neuzeit zu schlagen. Oder soll das Ziel der Betrachtung der Friede(n) und seine Bedeutungsentwicklung in den Religionen und Weltanschauungen sein? Dann warten spannende Entdeckungen, Einsichten und Erkenntnisse auf den Betrachter, die keine Langeweile aufkommen lassen.

Wer nur allein im Juden- und Christentum auf Spurensuche geht, der wird auf eine ungeahnte Vielfalt der Wandlungen stoßen. Wer immer noch keine Antwort gefunden hat, könnte sich noch der Frage widmen, ob Friede wandelbar oder im Extremfall beliebig ist. Demjenigen wünsche ich jetzt schon viel Vergnügen bei der Beantwortung!

Und schon lässt sich erahnen, dass „Frieden und Wandel“ sich nicht so einfach zuordnen bzw. einordnen lassen. Wer als Soldat*in oder auch als zivile Mitarbeiter*in in einem oder auch mehreren Friedenseinsätzen war, hat vielleicht erlebt, wie wandelbar und zugleich wenig fassbar diese sein können. Die Definition von Almut Wieland-Karimi, Geschäftsführerin des „Zentrum für Internationale Friedenseinsätze“, deutet darauf hin, dass Friedenseinsätze ein wichtiges Werkzeug der internationalen Krisenprävention und des Konfliktmanagements sind. „Sie helfen dabei, Gewalt zu verhindern, einen Waffenstillstand zu sichern und nachhaltigen Frieden zu schaffen.“

Wie wandelbar dabei Wege und Mittel auf dem Weg zum Frieden sind, zeigen die unterschiedlichsten Friedensbemühungen der letzten Jahrzehnte. Hängt es vielleicht von mir als Mensch ab, ob und wie Frieden entstehen kann? Um dem Thema vielleicht doch noch näherzukommen, lohnt sich die persönliche Beschäftigung mit der Frage, ob nicht der Wandel an sich erst den Frieden ermöglicht. Hängt es nicht vielleicht von mir als Mensch ab, ob und wie Frieden entstehen kann? Bin ich bereit, mich auf einen Wandel meiner Anschauungen, Beurteilungen und Verhaltensweisen einzulassen oder handle ich nach der Maxime: Ich habe mich so entschieden, komm mir ja nicht mit Argumenten? Müssen nicht Verantwortliche in Staaten, Gesellschaften und Interessengruppen ihre Bewertungen, Einschätzungen



Foto: Bernd F. Schaller

„Hängt es vielleicht von mir als Mensch ab, ob und wie Frieden entstehen kann?“

Militärdekan Bernd F. Schaller
Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene

und Beschlüsse immer wieder zwingend infrage stellen, um dadurch die eine oder andere Wandlung zuzulassen und damit den Boden für Frieden zu bereiten? Braucht es nicht die ständige Bemühung, den engagierten Prozess? Und nicht verwerflich wäre es, darüber nachzudenken, ob nicht gerade der existierende Frieden den Wandel erst möglich macht. Wer sich nicht mit der Verteidigung seiner Person, seiner Rechte, seines Volkes, seines Territoriums abmühen und beschäftigen muss, wer in Ruhe und Sicherheit leben darf, dem bieten sich ungeahnte Möglichkeiten, sich darüber Gedanken zu machen, sich mit anderen darüber auszutauschen, welche Wandlungen hinein in eine friedliche Zukunft führen können.

Bei allen Überlegungen über „Frieden und Wandel“ steht aus der Sicht eines Christen allerdings eines nicht zur Disposition, das der Schweizer Nationalheilige und Friedensstifter Nikolaus von der Flüe im 15. Jahrhundert in einem Brief an die Verantwortlichen der Stadt Bern folgendermaßen beschrieb: „Friede ist allweg in Gott, denn Gott ist der Friede. Und Friede mag nicht zerstört werden. Unfriede aber wird zerstört.“ ■



In der kolumbianischen Großstadt ist die Silleteros-Parade die größte Party des Jahres mit mehr als 700.000 Menschen. Während des zehntägigen „Festivals der Blumen“ werden diese auf den Straßen von Medellín präsentiert. Die „Silleteros“ tragen den Blumenschmuck auf einem hölzernen Rucksack durch die Stadt. Diese Art des Lastentransports hat eine jahrhundertlange Tradition in Kolumbien.

Foto: Shutterstock

„Innovativste Stadt der Welt“ Das Wunder von Medellín

Die Menschen in der Hauptstadt der Bergprovinz Antioquia haben wieder Grund zu lachen. Bis weit in die 1990er Jahre dominierte Terror und Gewalt das Leben in der lateinamerikanischen Metropole. Heute steht Medellín für innovative Stadtentwicklung und Nachhaltigkeit – und das nicht nur wegen der grünen „Korridore“, die die Straßen der Stadt nicht nur grüner machen, sondern auch die heißen Temperaturen regulieren.

Vor allem ist es die ausgebaute Infrastruktur wie die elektrischen Seilbahnen, die die ärmsten Viertel an den steilen Hängen an die städtische Infrastruktur im Tal anbinden. Sie bescherte Medellín im Jahr 2012 den vom Wall Street Journal und der CitiBank verliehenen Titel **„Innovativste Stadt der Welt“**. >>



Foto: mihlfert/flickr

„Metrocable“ der Linie K

Eine der beiden Seilbahnen, die für den öffentlichen Verkehr an den dichtbesiedelten Hängen der Stadt eingesetzt werden.

Das hätte Pablo Escobar wahrscheinlich nicht für möglich gehalten. Dass Medellín bereits zehn Jahre nach seinem Tod nicht länger für Drogen- und Bürgerkrieg stehen würde, sondern für innovative Stadtentwicklung. An dem Tag, als sich der meist gesuchte Drogenboss der Welt, Pablo Escobar, am Morgen des 2. Dezember 1993 eine Portion Spaghetti zum Frühstück gönnte, anschließend einige Minuten zu viel mit seinem Sohn telefonierte, so dass die Policía das Telefongespräch zurückverfolgen konnte und das „Safe-House“ im Viertel Los Olivos stürmte, um Pablo Escobar nach kurzer Flucht auf dem Dach zu erschießen – an jenem Tag endete nicht nur das Leben des Drogenbarons, sondern auch die innerstaatlichen Kriege und bewaffneten Konflikte zwischen Pablo Escobars Medellín-Kartell und der kolumbianischen Regierung.

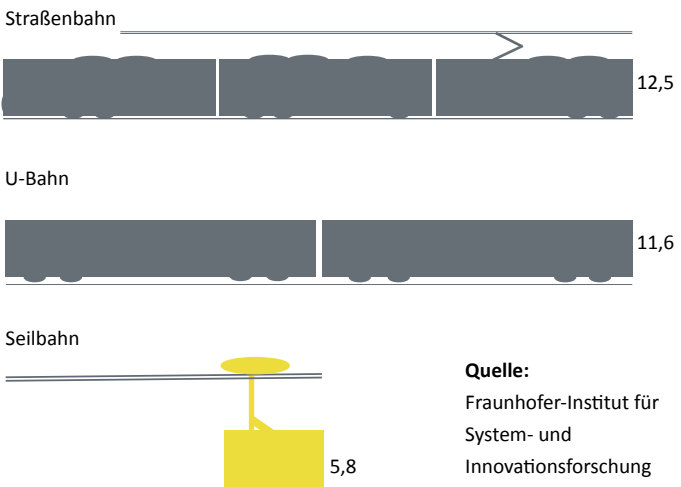
Noch ein Jahr zuvor registrierten die Behörden 6.622 Morde allein in Medellín, in ganz Kolumbien waren es jährlich 28.000. Neben der Polizei, dem Militär und den Straßenkriminellen mordeten rund zwölf verschiedene schwerbewaffnete Gruppen, von der Organisation „Colombia Libre“ bis zur linken nationalen Befreiungsarmee ELN. Irgendeine Gruppe kämpfte immer

um das Vorrecht, Viertel und Menschen zu dominieren. Die Akteure wechselten zwar, die Gewalt aber blieb über viele Jahre. Kein Wunder, dass das soziale Leben Anfang der 1990er Jahre in Medellín zum Erliegen gekommen war und die Straßen nach Einbruch der Dunkelheit menschenleer waren.

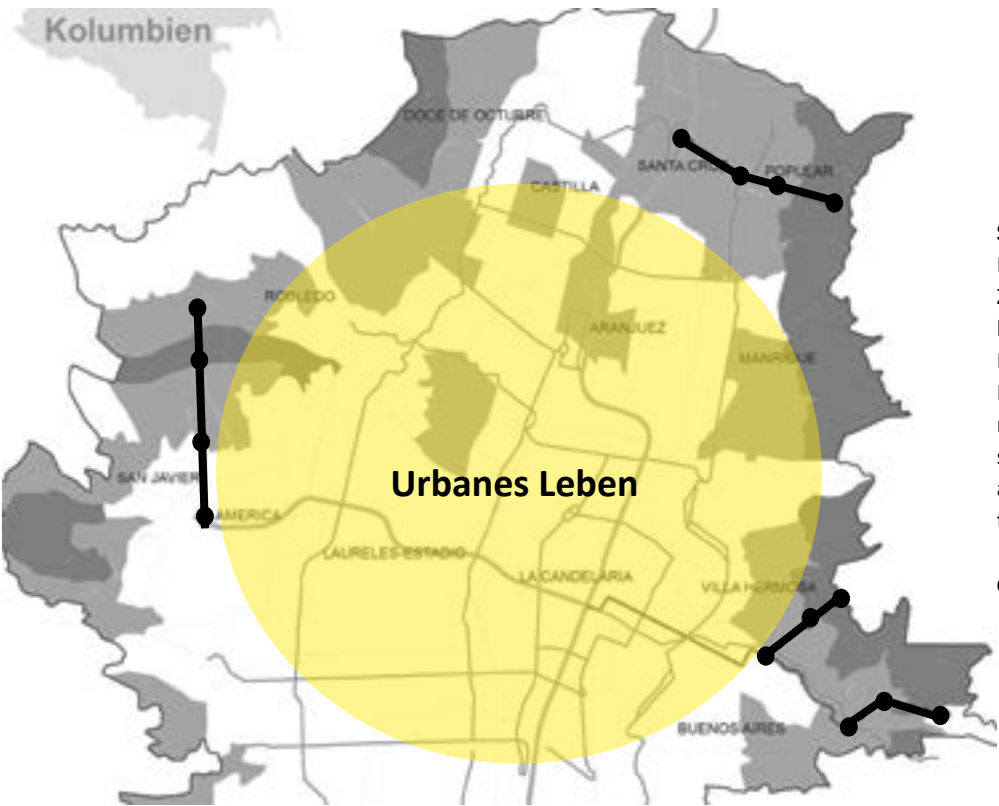
Krieg gegen die Ärmsten der Armen

Sicher, Pablo Escobar hat in seine Stadt investiert, denn wie jeder gute Patron sorgte er sich um das Wohlergehen seiner Stadt. Er investierte in die Straßenbeleuchtung, baute Sportplätze und ein modernes Rathaus. Er unterstützte Kranke und Arbeitslose und ließ Armenviertel ans Stromnetz anschließen. Und doch war Escobar eben auch für eine ganze Reihe von Verbrechen verantwortlich, die die Geschichte des Landes geprägt haben, darunter die Ermordung des Präsidentschaftskandidaten Carlos Galán im Jahr 1989. Der Kampf um das Drogengeschäft war brutal. In den 1990er Jahren gelang es dem Staat nicht mehr, in den Armenvierteln die Kontrolle zu behalten. Die Gesetzeslosigkeit ging so weit, dass nicht einmal die Müllabfuhr bestimmte Comunas betreten konnte. Die staatliche Vernachlässigung sowie unzureichende Transportmöglichkeiten trieben die Bewohner in die soziale und wirtschaftliche Isolation. Nicht wenige sahen im Drogengeschäft die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs und Ausstiegs aus dem Teufelskreis der Armut. Nach Escobars Tod gab es nur noch ein letztes Stadtviertel im ganzen Land, in dem die Narcos-Guerilla noch Präsenz zeigte: die Comuna 13. Im Jahr 2002 maschierten staatlich

Fahrstromverbrauch in kWh je 100 Kilometer



unterstützte Paramilitärs in die Comuna 13 ein, um die Kämpfer gewaltsam zu vertreiben. Die Soldaten schossen auf alles, was sich bewegte – vor allem auf unschuldige Frauen und Kinder –, und hinterließen ein Blutbad. Mehr als 71 Menschen starben, Hunderte verschwanden spurlos. Die Operation „Orion“ war ein historischer Höhe- und zugleich Wendepunkt, denn die überlebenden Bewohner des Viertels organisierten den lokalen, friedlichen Widerstand gegen die Regierung. „Nunca mas“ – niemals wieder,



Seilbahn von Medellín

Die Zukunft ist urban. Ob diese Zukunft auch den vielen Benachteiligten dient, hängt von der richtigen Planung und Infrastruktur ab. In Medellín gibt es vier Seilbahnlinien, die die „Comunas“ mit dem städtischen Tal verbinden. Die Punkte auf den Linien sind die Seilbahnstationen.

Quelle: connective-cities.net



Foto: schnoogg/Flickr



Die 384 Meter lange Rolltreppe ist 28 Stockwerke hoch und in sechs Teilstücke gegliedert. Der Bau kostete umgerechnet über fünf Millionen Euro.

schworen sie sich. Überall in der Stadt bildeten sich lokale Initiativen und Nachbarschaftskollektive, um der Gewalt etwas entgegenzusetzen und den öffentlichen Raum mit Tanz, Musik, Graffiti, Theater und sozialen Projekten zurückzuerobern – was ihnen auch gelang.

Innovation statt Krieg

Medellíns Stadtteile sind aufgeteilt in 16 Comunas. In den Comunas an den Hängen, wie in der Comuna 13, leben 50 Prozent der Bevölkerung, zum großen Teil unterhalb der nationalen Armutsgrenze. Also dachte sich die Stadt, der Weg zum Frieden führt in Medellín über den Städtebau. Wichtige Bauwerke wie Bibliotheken, Sportstätten, Kulturzentren, Schulen und Kindergärten wurden bewusst in den ärmsten Vierteln errichtet. Gleichzeitig musste sich das zentrale Verkehrssystem weiterentwickeln, denn die Bürger, die an den Hängen lebten, waren lange Zeit vom städtischen Transportwesen abgeschnitten. So entstand die Idee, elektrische Seilbahnen zu bauen, die die ärmsten Viertel an den steilen Hängen an die städtische Infrastruktur im Tal anbinden, denn Medellín ist ein einziges Auf und Ab. Im Tal

Die kolumbianischen Drogenbosse gehörten zu Beginn der 1980er Jahre zu den mächtigsten Unternehmern der Welt. Bis zu **60 Millionen Dollar** setzten die sogenannten **Narcos am Tag** mit Kokain-Handel um. Ein Großteil der Drogen wurde in die USA eingeflogen – ein Milliardengeschäft, gewinnträchtiger als General Motors. **Auf dem Bild zu sehen ist das Haus von Pablo Escobar, seine „Hacienda“ – sie ist heute eine Touristenattraktion.**



Foto: Carlos Eduardo Gomez Arenas/Flickr

der dicht besiedelten Metropole gab es keinen Platz für Straßenbahnschienen, zudem fehlte das Geld. Die elektrischen Seilbahnen ergänzen die öffentlichen Verkehrsmittel auf innovative und klimafreundliche Weise. Sie haben die Treibhausgasemissionen des Verkehrs reduziert und die Luftqualität in der Stadt verbessert. Außerdem hat die Seilbahn für eine Aufwertung der betroffenen Stadtviertel und für ein höheres Selbstwertgefühl der Bevölkerung gesorgt. **„Das ist ein echter Fortschritt für die Menschen, denn es war vorher beschwerlich, nach unten ins Zentrum zu kommen“**, so der britische Soziologe Peter Charles Brand.

Rolltreppe in den Frieden

Auch die Rolltreppe ist Teil des Stadtentwicklungsprojekts. Sie erspart den Bewohner*innen an den Hängen das mühsame Hinaufsteigen. Früher benötigten sie 35 Minuten, seit Einführung der sogenannten „escaleras eléctricas“ sind es nun mehr sechs. Die 384 Meter lange Rolltreppe ist 28 Stockwerke hoch und in sechs Teilstücke gegliedert. Der Bau kostete umgerechnet über fünf Millionen Euro. In Betrieb sind sie montags bis freitags, von sechs Uhr früh bis weit in die Nacht, an Sonn- und Feiertagen von acht bis sieben Uhr abends. Die Nutzung ist kostenfrei. Mit diesen Infrastrukturprojekten

hat sich Medellín zu einer der fortschrittlichsten und lebenswertesten Städte Lateinamerikas entwickelt. 2013 wurde die Stadt dafür sogar von der Entwicklungshilfeorganisation Urban Land Institute als „innovativste Stadt der Welt“ ausgezeichnet, weil Medellín eine bemerkenswerte Kehrtwende vollbracht hat. Sie behielt immer den sozialen Städtebau bei.

Kult um Escobar

Endlich kommen auch Touristen wieder nach Medellín, wenngleich aus fragwürdigen Gründen. Der Kult um Pablo Escobar, ausgelöst durch die amerikanische Netflix-Serie „Narcos“, führt die Besucher*innen Medellín an die wichtigsten Schauplätze seines Lebens und des Medellín-Drogenkartells. Sie pilgern beispielsweise zu Escobars etwas außerhalb gelegenen Grab. 40 bis 50 Menschen seien es pro Tag, sagt Friedhofswärter Federico Arroyave. Auch zum „Safe-House“ im Viertel Los Olivos, auf dessen Dach der Drogenbaron im Kugelhagel ums Leben kam, zieht es Reisende aus aller Welt. Ein einträgliches Geschäft für einige Bewohner Medellín. Souvenirhändler verkaufen T-Shirts mit dem Porträt Escobars und Touristenführer planen Stadtführungen auf den Spuren Pablo Escobars. Die Stadtverwaltung Medellín spricht sich gegen den

Escobar-Tourismus aus. Sie wirbt lieber mit dem 2012 erworbenen Titel „Innovativste Stadt der Welt“ als Belohnung für den Aufschwung in der Nach-Escobar-Ära – und das mit Recht. ■

Die Vermarktung des organisierten Verbrechens: Der Verkauf von Narkos-Trash gehört in Medellín zum Alltag.

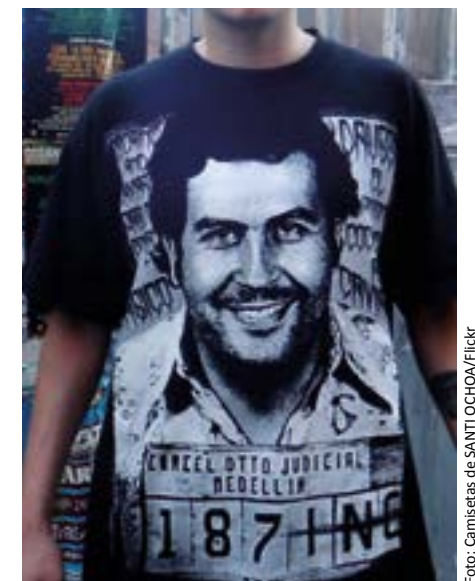


Foto: Camisetas de SANTO OCHOA/Flickr

Die Seilbahn – *Verkehrsmittel der Zukunft?*

Die zehn Linien der Seilbahn in La Paz, Bolivien, bilden das aktuell weltweit größte städtische Seilbahnnetz.



Die Trebevic Seilbahn ist eines der bedeutendsten Symbole in Sarajevo. Die Seilbahn wurde während des Bosnienkrieges 1992 zerstört und lange Zeit nicht wieder aufgebaut. Erst im Jahr 2018 bekam Sarajevo seine Stadtseilbahn zurück.

Fotos: Leitner Ropeways

Die 2016 eröffnete Mexicable in Mexiko-Stadt transportiert rund 20.000 Personen pro Tag. Die Seilbahn legt die fast fünf Kilometer lange Strecke 40 Minuten schneller zurück als die Konkurrenz am Boden.





Von 1962 bis zum Ende der DDR standen tagsüber zwei Soldaten des Wachregiments Friedrich Engels, die stündlich im Kleinen Wachaufzug abgelöst wurden, als Ehrenwache vor der Neuen Wache. Die Wachaufzüge lockten zahlreiche Zuschauer an, die die Ablösung der Soldaten im Exerzierschritt beobachteten.

Foto: Flickr/Ed Fulton

„Wandel im Militär“ 30 Jahre „Armee der Einheit“

Mit der deutschen Wiedervereinigung sollten nicht nur zwei fremde Gesellschaften sondern auch zwei Armeen zusammenwachsen. Die Integration der Nationalen Volksarmee der DDR in die Bundeswehr verlief dabei nicht ohne Bedenken. >>

Am 03. Oktober 1990 endete nach mehr als vier Jahrzehnten die deutsche Teilung. Es war die Friedliche Revolution der Bürgerinnen und Bürger der DDR im Jahr zuvor gewesen, die den Weg zur Einheit ermöglicht hatte. Mit dem Sturz der SED-Diktatur im Herbst 1989 und schließlich den ersten freien Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 war in der DDR der Frühling der Demokratie ausgebrochen.

Auch für mich begann diese aufregende neue Zeit mit einer großen Verantwortung. Als ehemaliger Oppositioneller und Vorsitzender des „Demokratischen Aufbruchs“ war ich schon in der Übergangsregierung Modrow für die Opposition als Minister ohne Geschäftsbereich vertreten und erfuhr nun, dass ich auch in der neuen Regierung einen Posten übernehmen sollte. Als der designierte Ministerpräsident Lothar de Maizière schließlich auf mich zukam und mich fragte, ob ich der neue Minister für Verteidigung der DDR werden wolle, antworte ich ihm: **„Nein – aber Minister für Abrüstung!“**.



Rainer Eppelmann im Jahr 1990 nach der Wahl zum Vorsitzenden des „Demokratischen Aufbruchs“.

Und so wurde ich zum Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR und damit Oberbefehlshaber über knapp 135.000 Soldaten des Berufsmilitärs der ehemaligen SED-Parteiarmee, in der rund 80 Prozent Mitglieder der Einheitspartei waren. Meine engsten Mitarbeiter, die ich in das Ministerium mitbrachte, waren größtenteils ebensolche militärischen Laien wie ich. Zu ihnen gehörten unter anderen der ehemalige Leiter eines evangelischen Altenheims, ein ehemaliger Arzt, ein Arbeitsschutzingenieur und zwei frühere Lehrer. Kurzum, für militärische Verhältnisse waren wir eine exotische Führungsmannschaft.

„Menschlich lief die Zusammenarbeit gut“

Einer der wichtigsten Momente in meinem politischen Leben war somit auch, als ich, der ehemalige Oppositionelle, Pfarrer und Waffendienstverweigerer, im April 1990 das erste Mal in Strausberg ins Ministerium kam und die Generale, allesamt ehemalige stramme SED-Kader, vor mir antraten. Für mich war das der Moment der Gewissheit: Wir haben gewonnen. Endgültig. Menschlich jedoch, und das ist mir immer wichtig zu sagen, lief die Zusammenarbeit mit den Generalen letztlich sehr gut. In den wenigen Monaten, in denen ich als Minister für die NVA zuständig war, sollte ich erfahren, wie tief verunsichert die Militärs den gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen in der noch bestehenden DDR begegneten. Vielen der Männer, mit denen ich zu tun hatte, war einfach bange vor der Zukunft. Es ging mir bei meiner Tätigkeit als Minister deswegen auch immer darum, in möglichst vielen Bereichen menschliche Lösungen zu finden, die alle akzeptieren konnten. Denn das war allen Mitgliedern



Foto: Flickr/Steffen Bretzke



Foto: Michael Panse/Wikipedia

Der Autor **Rainer Eppelmann** ist evangelischer Pfarrer, Bürgerrechtler und Politiker. Nachdem er innerhalb der DDR Bekanntheit als Oppositioneller erlangt hatte, war er 1990 **Minister für Abrüstung** und Verteidigung in der letzten DDR-Regierung. Seit 1998 ist er Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Rund 76.000 Soldat*innen der NVA übernahm die Bundeswehr. Davon waren 12.000 ehemalige NVA-Offiziere.

der Regierung von Lothar de Maizière klar: Eine unserer wichtigsten Aufgaben war es, in unseren neuen Ämtern den inneren Frieden in der DDR zu bewahren, ohne den unsere angestrebten Reformen auf dem Weg zur Einheit überhaupt nicht hätten umgesetzt werden können.

Auf der anderen Seite hatten manche meiner einstigen Wegbegleiter aus der Friedensbewegung, mit denen ich vor noch nicht allzu langer Zeit mit einer Kerze in der Hand auf der Straße gestanden hatte, überhaupt kein Verständnis für meine Entscheidung, Minister zu werden. Diese Entfremdung bedrückte mich sehr. Mir aber erschien sie einfach als schlüssige Konsequenz meiner Biografie: Als junger Waffendienstverweigerer hatte ich wegen

Tourist posiert vor dem Brandenburger Tor mit Schauspielern in Uniformen der NVA.

Minister, Admiral Theodor Hoffmann, hatte sich auf meine Bitte hin bereit erklärt, unter mir ranghöchster Militär der NVA zu werden. Er war dazu bereit, als fairer Begleiter und Ratgeber die erforderlichen Veränderungen in der NVA mit mir gemeinsam umzusetzen. Er selbst hatte in der kurzen Zeit, als er Minister war, dringend notwendige Reformen im Umgang mit den Soldat*innen eingeleitet, die wir dann gemeinsam fortgeführt haben.

Schon bald beruhigte sich die Lage, als die Forderungen der Soldat*innen nach und nach erfüllt werden konnten: So wurde durch die Entlassung der Politoffiziere und die Beseitigung des Politapparates der NVA die Vorherrschaft der SED in der Truppe gebrochen; darüber hinaus wurden zum Beispiel durch die Einrichtung von Vertrauensmännern demokratisch-rechtsstaatliche Strukturen eingeführt und die Dienstbedingungen durch die Aufhebung der ständigen Gefechtsbereitschaft signifikant verbessert. Ende April 1990 beschloss die am 18. März demokratisch gewählte Volkskammer der DDR schließlich, die Soldaten der NVA unter einen neuen Fahneneid zu stellen. Die Neuvereidigung fand noch am 20. Juli statt. Der neue Text entsprach den neuen demokratischen Gepflogenheiten und entband die Soldaten so zum ersten Mal in der Geschichte der DDR von der Treueverpflichtung gegenüber dem Unrechtsregime des SED-Staates.

Das Ende der Nationalen Volksarmee

Später, auf dem Weg zur deutschen Einheit, ging es dann um die Beseitigung der gewaltigen militärischen Altlasten und um die Abwicklung der NVA. Denn die internationalen Verhandlungen über die Vereinigung betrafen natürlich auch die Frage künftiger gesamtdeutscher Streitkräfte. Was sollte mit der NVA geschehen? Quasi über Nacht musste die innerdeutsche Grenze nicht mehr bewacht und verteidigt werden. Und welcher Staat sollte hier eigentlich noch vor welchem Gegner geschützt werden? Die größte politische Herausforderung bestand für mich darin, die Zustimmung der Sowjetunion dafür zu bekommen, dass das vereinte Deutschland Mitglied in der NATO werden kann. Erst im August 1990 erklärte sich Gorbatschow in Verhandlungen mit Bundeskanzler Kohl im Kaukasus öffentlich dazu bereit. Jetzt war klar, dass es in einem vereinten Deutschland die NVA nicht mehr geben würde. „Ein Staat – eine Armee“ gab die Politik als Losung aus. Am 03. Oktober 1990 sollte deshalb auch die Geschichte der Nationalen Volksarmee ihr Ende finden. Dass es gelang, trotz der Begrenzungen des Zwei-plus-vier-Vertrags rund 11.000 ehemalige Soldat*innen der NVA auf Dauer einzugliedern, war selbstbewusstes Handeln in der Demokratie und ließ die Bundeswehr schließlich zur „Armee der Einheit“ werden, die auch das Zusammenwachsen unseres Landes gefördert hat. ■

Frieden schaffen ohne Waffen

Aus der Perspektive des Ministers – und später des Bundestagsabgeordneten – sah die Welt zugegebenermaßen komplizierter aus als aus dem Blickwinkel des Gemeindepfarrers. Frieden schaffen ohne Waffen und das so schnell wie möglich: Das ist eine bis heute richtige Forderung. Allerdings musste ich als Politiker bedenken, dass es ohne Kompromisse und Folgeabschätzungen nicht geht. Wir mussten Lösungen finden, die mehrheitsfähig waren und die Interessen unserer europäischen Nachbarn und Bündnispartner berücksichtigten.

Die Lage der Soldaten war prekär

Die Lage in der NVA selbst war bei meinem Amtsantritt im April 1990 außerordentlich schwierig. Die inneren Verhältnisse der NVA waren schon die ganzen 1980er Jahre auf konstant schlechtem Niveau gewesen: So griffen überspitzte Forderungen bei der permanenten 85-prozentigen Gefechtsbereitschaft tief in das Privatleben der Soldat*innen ein, vor allem in das der unteren Dienstgrade. Im Zuge der sich rapide verschlechternden Wirtschaftslage der DDR war die NVA in den letzten Jahren der SED-Diktatur außerdem immer öfter als ökonomischer Nothelfer in kritischen Industrie- und Versorgungsbereichen eingesetzt worden. Man kann sich vorstellen, wie dadurch nicht nur die Gefechtsbereitschaft litt, sondern sich auch Frustration innerhalb der Truppe breitgemacht hatte. Auch nach dem Fall der Mauer blieben die Lebens- und Arbeitsumstände der Soldat*innen prekär. Meine ganze Energie als Minister steckte ich deshalb zuerst in die Verbesserung der Situation der jungen Männer und in die schnelle Umsetzung der zum Teil schon vor meinem Amtsantritt angestoßenen Reformen. Mein Vorgänger als



Foto: lumen-digital/Shutterstock

Hans-Georg Schellhaas hat die Übernahme der NVA in die Bundeswehr aus nächster Nähe erlebt: In der DDR war der Stabsoffizier, Dienstgrad Major, in Strausberg als Techniker im Nachrichtendienst tätig. Im Zuge der Wiedervereinigung wurde er als Soldat auf Zeit übernommen, zunächst für zwei Jahre als Hauptmann, – ein Dienstgrad unter seinem eigentlichen, denn nach Bundeswehr-Reglement hätte er noch nicht Major sein dürfen. Wie hat Hans-Georg Schellhaas die Übernahme und das

Herr Schellhaas, wie kam Ihre Übernahme als Soldat von der NVA in die Bundeswehr zustande?

Zum Zeitpunkt der Wende war ich nicht in meiner eigentlichen Dienststelle tätig, weil ich ein halbes Jahr zuvor, also im Frühjahr 1990, ins Ministerium für Staatssicherheit abkommandiert worden war. Jede Einrichtung musste zu diesem Zeitpunkt Angehörige stellen – ich war einer von ihnen, die in einem Komitee die einzelnen Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit aufgelöst haben.

Wie ging es nach diesem halben Jahr für Sie weiter?

Es gab zuerst nur die allgemeine Information, dass wir Soldaten uns am 3. Oktober wieder in der eigentlichen Dienststelle einzufinden haben, allerdings gekleidet in Bundeswehruniform. Angeblich sollte vorerst alles beim Alten bleiben.

Was ging in Ihnen vor, als Sie das erste Mal die Uniform des einstigen Gegners trugen?

Ich war natürlich aufgewühlt, auch weil ich zu diesem Zeitpunkt nicht wusste, was mit mir als Soldat passieren wird.

Foto: Flickr



Sie waren ja einst Gegner und von heute auf morgen Kameraden.

Ja, das waren wir: Gegner. Aber als Techniker in der NVA habe ich mich mit dieser Sache nie wirklich beschäftigt, muss ich zugeben. Ich war Soldat und ich wollte in meinem Beruf als Techniker arbeiten. Da war ich relativ schmerzfrei. Die große Unbekannte war, was nach der Übernahme aus mir wird.

Wie lange waren Sie in dieser Schwebelage?

Bis ich schließlich meine Anerkennung zum Berufssoldaten bekam. Das war im Dezember 1992, also zwei Jahre später. In der Zeit davor hätte es auch passieren können, dass sie mich als Soldat entlassen oder ich für weitere sechs Jahre als Zeitsoldat, aber eben nicht als Berufssoldat übernommen worden wäre.

Sind Sie in Ihrer Anfangszeit bei der Bundeswehr mit Vorurteilen konfrontiert worden?

Auch. Aber ich hatte das Glück, Kameraden kennenzulernen, die keine Vorurteile hatten. Ein Erlebnis hatte ich auf einem Lehrgang in Koblenz. Der damalige Veranstaltungsleiter



Foto: Flickr/The UberSteve

äußerte sich zunehmend krude über die ostdeutschen Soldat*innen. Da spürte ich das erste Mal Vorurteile gegenüber uns. Dennoch – ich hatte viel Glück, vielleicht auch wegen meiner fachlichen Qualifikationen. Ich bin als Quereinsteiger in den Technikerberuf eingestiegen und habe einen Abschluss als Diplom-Ingenieur. Vielleicht hat das etwas geholfen.

Würden Sie von einer Armee der Einheit sprechen?

Ja, auf jeden Fall. Aber es war ein Prozess und nicht immer einfach. Als Ostverwender in der Bundeswehr standen uns nur 60 Prozent des Gehalts eines Bundeswehrsoldaten zu. Das heißt, gehaltstechnisch bestand die Trennung in Ost und West noch viele Jahre lang. Das war nicht einzusehen, weil wir ja die gleiche Arbeit leisteten wie unsere Kameraden aus dem Westen. Doch die Angleichung kam für mich erst 2005, also 15 Jahre später. Aber die Bezahlung war politisch gewollt. Ich habe mir meine 100 Prozent Gehalt bei der Bundeswehr vor Gericht erstritten. Dennoch, ich habe die interessantesten und schönsten Verwendungen in der Bundeswehr gehabt und besonders angetan war ich von der Militärseelsorge. ■

Das Mosaik „Unser Leben“ besteht aus ineinander verwobenen Miniaturen des sozialistischen Alltags im Stil des DDR-Agit-Prop. Walter Womacka, der zu den bekanntesten bildenden Künstlern der DDR zählte, vermischte in seiner Darstellung die damaligen Idealvorstellungen vom Leben im Kommunismus mit Szenen des gewöhnlichen DDR-Alltags. **Das Mosaik am Haus des Lehrers unweit des Berliner Alexanderplatzes zeichnet ein klares Gesellschaftsbild: der Soldat im Zentrum des Arbeiter- und Bauernstaates.**



Karikatur: Götz Wiedenroth



NATO Semper Reformanda Est Das Bündnis im Wandel

*Der folgende Beitrag erscheint wenige Tage nach den US-Präsidentschaftswahlen, deren mögliche Folgen auch für die Zukunft der NATO zum Redaktionsschluss für diesen Beitrag nicht absehbar waren. Der Leser*in mag sie aus aktueller Sicht in den hierbei aufgezeigten Kontext einordnen und nicht zögern, mit Leserbriefen an den AUFTRAG Stellung zu nehmen.*

Die Pressemitteilungen aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel sprachen nach den Frühjahrstreffen der Außen- und Verteidigungsminister im April 2020 eine für viele von uns ungewohnte Sprache und lenkten den Blick auf eine Reihe von Besonderheiten: Beide Formate wurden erstmals als Videokonferenzen abgehalten; beide standen im Zeichen der COVID-19-Pandemie; zum ersten Mal nahm Nordmazedonien als der neue, 30. Alliierte teil; und schließlich (dies war allerdings keine Überraschung) beteiligten die Verteidigungsminister auch Vertreter*innen der Europäischen Union und mit Schweden und Finnland zwei nicht der NATO angehörende Nationen an ihren Beratungen zu ausgewählten Themen. Selbstverständlich ging es auch um klassische Themen, die seit Jahren kennzeichnend sind für so gut wie alle Tagesordnungen des höchsten NATO-Gremiums, des North Atlantic Council (NAC): Die laufenden Einsätze, die Zusammenarbeit mit Partnern, das Verhältnis zu Russland und nunmehr auch der topaktuelle Auftrag an die Reflection Group der NATO, die die Vision der Allianz für das Jahr 2030 formulieren soll.

Dieser Schnappschuss aus dem gegenwärtigen Leben und Funktionieren des vor 71 Jahren gegründeten erfolgreichsten politischen und militärischen Bündnisses der Geschichte wäre, – wenn die Fantasie der Stäbe, die die Zukunftsszenarien für Übungen anlegen, denn ausgereicht hätte – in den 1960er Jahren, aber auch noch in den 1980er Jahren als besonders kreativ, vermutlich aber als wirklichkeitsfremd verworfen worden. Heute gehören diese Themen, ihre politisch-strategischen Kontexte und die Art und Weise der Beratungen selbst auf dieser Ebene (Videokonferenz!) zum **business as usual**.

Eine der Antworten auf die Frage, warum dieses Bündnis im Wandel der Zeit noch immer sein Geld wert ist und von Alliierten wie Gegnern für relevant gehalten wird, liegt in seinem Willen und seiner Fähigkeit, sich angesichts höchst wechselvoller Veränderungen anzupassen und immer wieder zu reformieren. Und hieraus erklärt sich die gewählte Überschrift, die in ihrer Ursprungsform „Ecclesia Semper“ „Reformanda Est“ dem heiligen Augustinus zugeschrieben wird. Er stellte mit Blick auf die Kirche fest, was, man verzeihe

mir die Analogie, auch auf die NATO zutrifft: Das Erfordernis permanenter Selbstreflexion und die Bereitschaft und Fähigkeit, sich in bewegten Zeiten immer wieder auf die raison d'être zu besinnen. Nicht zuletzt steht dieses Motto aber auch für den nicht gering zu erachtenden Mut zur Anpassung an die Herausforderungen von heute und morgen. Insofern trifft in seiner zugespitzten Form nicht zu, was man noch 2019 in einem Fachartikel über die Weiterentwicklung der NATO lesen konnte: „Seit 2014 befindet sich die Allianz im Wandel.“ **Nein, sie war immer im Wandel – und musste es sein!**

Moment der Abstimmung

Ich hatte als Director Operations International Military Staff im NATO-Hauptquartier Anfang September 2014 beim NATO-Gipfel in Newport (Wales) die Gelegenheit, schon an den vorbereitenden Arbeiten beteiligt gewesen zu sein und dann jenen in der Tat besonderen Gipfel, der ein halbes Jahr nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland stattfand, hautnah zu erleben. Ich erinnere mich an den Moment der Abstimmung über den Tagesordnungspunkt „2 Prozent-Guideline“ und daran, wie Obama, Cameron, Hollande,



Der Autor, Josef Blotz, ist seit 2019 der stellvertretende Kommandierende General des Eurokorps in Straßburg (Frankreich), einem vor fast 30 Jahren gegründeten Korpsstab zur Führung von Operationen und Krisenmanagementaufgaben der NATO und der EU. Dem Hauptquartier gehören Soldat*innen aus zehn verschiedenen Nationen an. Zur Zeit nimmt das Eurokorps für die NATO die Aufgabe des NRF Land Component Command wahr und wird ab Januar 2021 Trainings-Missionen für die EU in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik führen.

Merkel und die anderen Staats- und Regierungschefs ihr Einverständnis gaben. In der Wales Summit Declaration vom 5. September 2014 hieß es dann: „**We agree to reverse the trend of declining defence budgets, to make the most effective use of our funds and to further a more balanced sharing of costs and responsibilities. We [...] aim to increase defence expenditure in real terms as GDP allows; aim to move towards the 2 percent guideline within a decade ...**“.

Das Salz in der Suppe lag und liegt immer noch, wie wir heute sehen, in den Feinheiten der Formulierungen. Damit wird auch klar, dass die „2 Prozent-Guideline“ nicht von den Amerikanern oder von Donald Trump, der 2014 noch nicht als US-Präsident gehandelt wurde, dem Bündnis aufgezwungen wurde. Wir alle waren dafür. An dieser Stelle mag die Feststellung genügen, dass es sich bei den zweifellos besonders gewichtigen Beschlüssen von Wales (im Hinblick auf zentrale Projekte der Allianz damals auch „Ankündigungsgipfel“ genannt) in der Tat um eine Weichenstellung handelte, die angesichts der sehr ernststen, neuen Herausforderungen keineswegs als routinemäßige Anpassungen anzusehen waren. Der „Umsetzungsgipfel“ von Warschau (Juli 2016) und die Gipfel von Brüssel (Juli 2018) und London (Dezember 2019) haben zweifellos ein neues Kapitel in der Geschichte der NATO aufgeschlagen, das noch für eine Weile sorgfältig auszubuchstabieren und umzusetzen ist. Es muss festgehalten werden, dass die Höhe der Verteidigungsausgaben, die Prioritäten bei Investitionen, aber auch eine faire Risiko- und Lastenverteilung zwischen uns Alliierten zum Standard-Themenkanon dessen gehören, was das Bündnis im Wandel der Zeit immer auf der Agenda hatte – und was es trotz des inhärenten, unvermeidlichen Konfliktpotenzials aushalten können muss.

2014 – die neue Phase des Bündnisses

Die Geschichte der NATO – deren Gründung durch zunächst zwölf Nationen beiderseits des Nordatlantiks mit dem Ende der Berlin-Blockade zusammenfiel, also einer Zeit, in der sich das Bündnis lediglich mit einer einzigen, klar definierten Bedrohung befassen musste – in zwei Kapiteln „Kalter Krieg 1949 bis 1990“ und „Danach“, zu schreiben, wäre zwar keine falsche, aber doch eine zu grobe Einteilung. Sie ließe nicht nur außer Acht, dass wir gerade seit 2014 von einer neuen Phase sprechen müssen, die, nota bene, keiner Renaissance des Kalten Krieges nahekommt, sondern einen notwendigen, umfassenden Anpassungsprozess darstellt. Sie würde auch über Konflikte und Kontroversen hinweggehen, die das Bündnis in den sieben Jahrzehnten seines Bestehens immer wieder auf sich selbst, seinen Auftrag und seine Unverzichtbarkeit hinsichtlich Abschreckung, Verteidigungsbereitschaft, Stabilität und Rüstungskontrolle verwiesen haben. Die zeigten, dass die NATO, die vor immer mehr und immer komplexere Herausforderungen gestellt wurde, als eine im Wesentlichen politische, dann aber notwendigerweise militärische Koordinationsplattform eine hohe Bedeutung

für sich selbst und darüber hinaus für bedeutende Spieler bis jenseits des definierten Bündnisgebietes (z. B. in Afghanistan und im Irak) erhalten und behalten hat. Stellvertretend für solche Wendepunkte, die in Höhepunkte der Bündnissolidarität, in lageangepasste neue Strategien und, schließlich, in die Stärkung ihrer Abschreckungsfähigkeit übersetzt werden konnten, seien genannt: die Niederschlagung der Volksbewegungen in der DDR (1953), in Ungarn (1956) und in der Tschechoslowakei (1968) durch die Sowjetunion. Die Bedrohung durch die SS-20- Rüstung der Sowjetunion ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, die aus Sicht des Warschauer Paktes nolens volens und dank Helmut Schmidt und des historischen Doppelbeschlusses der NATO zu einer der Vorstufen für den historischen Wandel in Europa ab 1989 wurde. Die Erweiterungsrunden der NATO ab den 1990er Jahren bis heute. Das qualitativ und quantitativ stark zunehmende Engagement des Bündnisses in Operationen und Ausbildungsmissionen („NATO as a training Alliance“) fernab des Bündnisgebietes, insbesondere nach 9/11, und mit der neuen Aufgabe, einen Beitrag für den Kampf gegen den Terrorismus zu leisten. Und schließlich Krim 2014 mit den anschließenden, die Sicherheit im euro-atlantischen Raum berührenden Kämpfen im ost-ukrainischen Donbas.

Den Wandel kritisch wie konstruktiv mitgestalten

Für Deutschland und die Bundeswehr führten diese Etappen ein ums andere Mal zu Reformschüben, ab den 1990er Jahren in Form von umfangreicheren Auslandseinsätzen und der Übernahme größerer Verantwortung im Kontext der NATO Response Force. So ist es gerade für uns immer wichtiger geworden, Optionen der Weiterentwicklung des Bündnisses aus deutscher Perspektive zu bewerten und den Wandel kritisch wie konstruktiv mitzugestalten. Ausweislich des gültigen Weißbuchs der Bundesregierung von 2016 besteht denn auch für uns kein Zweifel an der Bedeutung der NATO und unserem Bekenntnis zu ihr. Als politische und militärische Kooperationsplattform ist sie gerade für Deutschland alternativlos. Vor diesem Hintergrund möchte ich einige wenige Konstanten und Variablen des Prozesses permanenter Weiterentwicklung der NATO skizzieren.

Center of Gravity

Als thematischer Dauerbrenner ist, unabhängig von Raum und Zeit, alles und jedes anzusehen, das die Herzkammer des Bündnisses ausmacht: Seine Kohäsion und Solidarität. Dieses nach innen wie hinsichtlich ihrer Wahrnehmung der Geschlossenheit auch nach außen wichtige, in allen Stürmen zu wahrende Center of Gravity ist der Garant für die Zukunftsfähigkeit des Bündnisses. Kein Zweifel: Gerade in diesen Tagen werfen Konflikte zwischen Alliierten an der Südostflanke, das Verhalten Russlands oder Reizthemen im transatlantischen Verhältnis (Lastenteilung, Abzug von US-Truppen aus Deutschland) Fragen auf. Mit dem Verweis auf das Center of Gravity muss es jedoch gelingen, den notwendigen Konsens immer wieder neu herzustellen und durch praktische und konkrete Maßnahmen zu untermauern.

Das Verhältnis zu Russland konstruktiv und gleichzeitig realistisch zu gestalten ist eine Daueraufgabe, der zu dienen der NATO-Russland-Rat einst geschaffen worden war. Aktuell steht das Bündnis vor der Herausforderung, auf Russlands Bruch des INF-Vertrages durch die bedrohliche Stationierung und Modernisierung von Mittelstreckenwaffen in Europa (SS-C-8) ebenso zu reagieren wie auf Russlands hybride Strategie, die auch Angriffsoptionen und die Drohung mit Atomwaffen einschließt. Das Bündnis war mit amerikanischen Atomwaffen und europäischen Trägermitteln stets (und ist unverändert) auch ein nukleares Bündnis, das dieses Element seiner Abschreckungsfähigkeit politisch, militärisch und technologisch genauso glaubwürdig erhalten muss wie seine konventionellen, Cyber- und Raketenabwehr-Dispositive. Daran lässt kein Alliiertes, auch Deutschland nicht, einen Zweifel zu. Ein einseitiges Aufgeben der nuklearen Abschreckungsfähigkeit, die notwendigerweise auf den Säulen „Risikoteilung“ und „nuklearer Teilhabe“ (und somit auf dem Mitspracherecht) ruht, würde die Sicherheit des Bündnisses beeinträchtigen und Anreize für Russland, auf Rüstungskontrollbemühungen der NATO einzugehen, obsolet machen.

Zusammenarbeit NATO und EU

Die politische und militärische Zusammenarbeit zwischen NATO und EU ist enorm wichtig. Beide großen und mit ihren spezifischen Fähigkeiten und Mandaten unverzichtbaren Organisationen schaffen es trotz überwiegend gleicher Mitgliederstrukturen aus politischen Gründen leider noch immer nicht in völlig zufriedenstellender Weise, den Grad an Komplementarität zu erreichen, der zur optimalen Zusammenarbeit mit Blick auf Herausforderungen der internationalen Politik erforderlich ist. Eine resiliente und handlungsfähige EU stärkt auch die transatlantische Sicherheit. Der von Deutschland nachhaltig verfolgte Prozess des „Strategischen Kompasses“, ein wichtiges Projekt für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in diesem Halbjahr unter dem Motto „selbstbewusst europäisch, überzeugt transatlantisch“, muss auf eine abgestimmte Bedrohungswahrnehmung in der EU abzielen – neben einer langen Liste von gemeinsam entwickelten Projekten der Zusammenarbeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen fruchtbaren Dialog mit der NATO. Es ist offenkundig, dass das seit fast 30 Jahren hervorragend funktionierende Eurokorps in Straßburg, dessen Alleinstellungsmerkmal die einsatzorientierte Fähigkeit der Zusammenarbeit mit NATO und EU ist, hier eine Vorreiterrolle einnehmen kann.

Die faire Lasten- und Risikoteilung und, in einem Atemzug damit genannt, die Daueraufgabe der Stärkung des europäischen Pfeilers des Bündnisses sind Themen, die sich zwar nicht mit dem Rechenschieber allein abhandeln lassen, die aber nach dem Prinzip der Einstimmigkeit unter allen 30 Nationen besser geregelt werden müssen, als dies zurzeit der Fall ist (80 Prozent der Verteidigungsausgaben der NATO kommen aus

Staaten, die nicht der EU angehören). Die Corona-Krise und die damit zusätzlich belasteten (Verteidigungs-) Haushalte der Alliierten bergen zusätzliche Risiken.

Culture of Readiness

Und schließlich (noch einmal: kein Anspruch auf Vollzähligkeit!) das Thema Readiness. Ohne moderne, optimal ausgerüstete und ausgebildete, interoperabel einsatzbereite Truppen aller Kategorien wäre das Bündnis nicht glaubwürdig. Daran zu arbeiten, die erforderlichen Mittel bereitzustellen und hinsichtlich ihrer Eignung nicht nur reality checks, sondern future checks vorzunehmen, gehört zur DNA der NATO seit 1949. Aktuell steht dafür die Implementierung der auf dem Gipfel von 2018 beschlossenen „NATO Readiness Initiative“, die auf eine US-Initiative zurückgeht und mittlerweile als „4x30-Programm“ bekannt wurde. NRI zielt auf die Erhöhung der Einsatzbereitschaft und die Etablierung einer „Culture of Readiness“. Welche mit diesen und weiteren Konstanten in Zusammenhang stehenden Variablen, die ihrerseits das Potenzial haben, zu Konstanten zu werden, prägen das Bündnis aktuell?

Einige Beispiele pars pro toto:

- **Die geopolitischen Herausforderungen durch China,** das Verhältnis der NATO zu dieser aufstrebenden Weltmacht und zum gesamten pazifischen Raum.
- Die vielfältigen Herausforderungen in den Dimensionen **Cyber Space und Weltraum.**

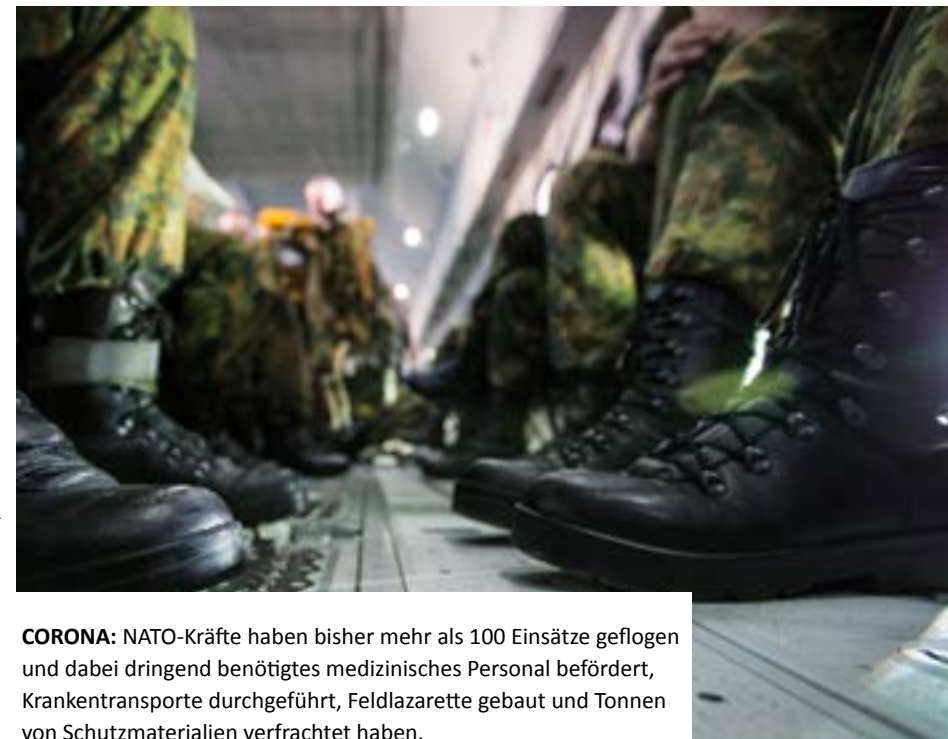


Foto: Flickr/Andrea Bilenert

CORONA: NATO-Kräfte haben bisher mehr als 100 Einsätze geflogen und dabei dringend benötigtes medizinisches Personal befördert, Krankentransporte durchgeführt, Feldlazarette gebaut und Tonnen von Schutzmaterialien verfrachtet haben.

- **Die Corona-Krise als aktuelles Symbol schlechthin** für die Fähigkeit des Bündnisses, auf neue, auch ihre Effektivität berührenden Phänomene zu reagieren und abgestimmte Maßnahmen zu ergreifen: Entwicklung eines NATO-Operationsplans für abgestimmte Aktivitäten gegen Pandemie-Effekte; Sicherstellung medizinischer Ausrüstung und mobiler Krankenhäuser; Bildung eines Fonds zur Finanzierung notwendiger Aktivitäten; Unterstützung von Partnern. Auch solche Schritte zementieren Kohäsion und Solidarität des Bündnisses.

- **Die Stärkung der Resilienz der zivilen Verteidigungsbereitschaft** für Eventualfälle ist ein in den letzten Jahren zunehmend wichtiger gewordenes Thema, das zwar schon im Washingtoner Vertrag von 1949 angesprochen, aber nach 1990 in den Hintergrund getreten war. Es steht dafür, dass die NATO nicht nur ein militärisches Bündnis im engeren Sinne ist, sondern auf Grundlage eines weit gefassten Sicherheitsbegriffs handeln muss.

- **Reflection Process:** Ende 2019 wurde der NATO-Generalsekretär vom NAC gebeten, einen **forward looking reflection process** einzuleiten, der auf die Stärkung der politischen Dimension des Bündnisses zielt. Die Kernelemente sind Einheit (oder Einigkeit), Kohäsion und Solidarität des Bündnisses und die Verbesserung des Transatlantic Bond. Es ist vorgesehen, dass die NATO-Reflexionsgruppe, deren einstiger Co-Vorsitzenden der ehemalige Bundesminister der Verteidigung Thomas de Maizière ist, den Nationen ihre Empfehlungen so vorstellt, dass sich der nächste NATO-Gipfel damit befassen kann. Jens Stoltenberg hat klargemacht, dass diese Überlegungen zu einer NATO 2030 nicht auf ihre Neuerfindung hinauslaufen, sondern darauf abzielen, die Allianz in einer unsicheren Welt stärker und sicherer zu machen.

Die NATO wird nie abgeschlossen und für immer reformata sein. Aber solange wir alle an unserem Platz dafür Sorge tragen, dass das semper reformanda gelebt wird, bin ich sicher, dass wir auch in Zukunft eine erfolgreiche Weiterentwicklung unserer Allianz im Wandel der Zeit erleben werden. Sie muss nicht nur kontinuierlich gestärkt und gefördert, sondern sollte als Koordinationsplattform und relevanter Spieler auch genutzt werden. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte im Sommer 2020: „**Wir stehen vor globalen Herausforderungen. So müssen wir einen globalen Ansatz verfolgen.**“ ■

Der Volkstrauertag – ein Ritual mit Resonanz?

Der November ist ein grauer Monat. Dazu passen die drei offiziellen Trauertage: Allerheiligen und Allerseelen, an denen die Gläubigen (vor allem die katholischen) für die Toten beten, der Volkstrauertag und der Totensonntag. Der Volkstrauertag ist ein staatlicher Gedenktag, es gibt ihn seit 1922. Die Nationalsozialisten beraubten ihn seines Charakters als Tag der Trauer und der Solidarität mit den Trauernden und formten ihn in ihrem Sinn zum „Heldengedenktag“ um. In den 1950er Jahren wurde er in der Bundesrepublik Deutschland wieder eingeführt. Traditionell wurde am Volkstrauertag an die gefallenen Soldaten der beiden Weltkriege erinnert. Seit einigen Jahren gilt das Gedenken allen Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft auf der Welt. Totengedenken, Kranzniederlegung, Musik, Reden: Die Gedenkveranstaltungen folgen einem Ritual. „Ritual“ klingt häufig nach: *Wir haben es schon immer so gemacht.* Wenn etwas ritualisiert ist, klingt es nach Erstarrung. Auch wenn man manchen Ritualen kritisch gegenübersteht, haben sie häufig einen Sinn: Sie geben Einzelnen einen Rahmen und schaffen

damit eine Gemeinschaft, sie halten soziale Gruppen, manchmal sogar Gesellschaften zusammen. Der Einzelne fühlt sich einbezogen, wenn er mit anderen Handlungen vollzieht und dabei ähnliche Gefühle hegt.

Rituale sind mentale Erinnerungsorte
Tatsächlich ist unser Leben von Ritualen eingerahmt. Viele Menschen pflegen sie, weil sie ihnen Sicherheit geben, kleine und größere Gruppen beschwören sie. Gottesdienste haben feste Abläufe ebenso wie Vereidigungen und Verabschiedungen von Ministerinnen und Ministern, die Siegerposen bei Sportveranstaltungen – man denke an die XL-Champagnerflasche bei Autorennen oder auch die Rituale von Mannschaften vor dem Spiel, die Gesänge und die La-Ola-Wellen des Publikums. Rituale sind mentale Erinnerungsorte. Aber ein Ritual wirkt nicht aus sich heraus, es bedarf der inhaltlichen Fundierung. Beim Volkstrauertag ist sie gegeben. Die Geschichte des Volkstrauertages spiegelt die deutsche und europäische Geschichte. Wenn nun fast 100 Jahre, nachdem er ins Leben gerufen wurde, der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht

wird, schließt das die zivilen Opfer kriegerischer Auseinandersetzungen ein. Gedacht wird nicht mehr ausschließlich der Soldaten, die in den Kriegen ihr Leben ließen, sondern auch der Bombenopfer, der auf der Flucht Verstorbenen, der zu Tode gekommenen Kriegsgefangenen und auch der Opfer des Holocaust, der ermordeten Juden, Sinti, Roma, Homosexuellen. So wird das Schreckensbild eines Krieges sichtbar, wird deutlich, dass ein Krieg nicht nur eine Angelegenheit des Militärs ist, sondern die gesamte Gesellschaft in den Abgrund zieht.

Zum Erinnern gehört Differenzieren
Die Menschen, derer während des Volkstrauertages gedacht wird, haben eines gemein: Sie sind gewaltsam gestorben. Trotzdem sind im Tod nicht alle gleich, genauso wenig wie sie es im Leben waren. Die in einem Konzentrationslager ermordete Jüdin und ihr Mörder, der bei einer Vergeltungsaktion starb; die verbrannten Bewohner eines Dorfes und der Brandstifter in deutscher Uniform: Sie waren nie gleich und sind es auch posthum nicht. Zum Erinnern gehört Differenzieren, das Benennen von Schuld und Verantwortung. Dies macht nichts ungeschehen, aber es ist die notwendige Voraussetzung für Versöhnung und Verständigung, die wiederum die „conditio sine qua non“ eines jeden dauerhaften Friedens sind. Kann der Volkstrauertag junge Menschen ansprechen? Für fast alle Jugendlichen in diesem Land sind Friede und Freiheit selbstverständlich. Krieg findet in Geschichtsbüchern und Medien statt. Mit den Geflüchteten kamen 2015 junge Menschen nach Europa, die Ähnliches erlebt hatten, wie viele Menschen während des Zweiten Weltkrieges und der Jahre danach: Todesangst, Todesgefahr, Grausamkeit und Gewalt in jeglicher Form, Vertreibung und Flucht, Verlust von allem, was ihnen lieb und wichtig war. Im Rahmen des Volkstrauertages 2016 ließ der Volksbund junge Geflüchtete in der Gedenkstunde im Plenarsaal von ihren Erfahrungen berichten. Die Kriege und die Folgen sind gegenwärtig.

**„Der Krieg und seine Drohung sind
in unserer Welt omnipräsent.**

**Damit ist auch die Notwendigkeit,
sich für den Frieden zu
engagieren, allgegenwärtig.“**

Frieden braucht Mut

„Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“ – das sind die Opfer von Bürgerkriegen unserer Tage, Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und Mitarbeitende von Hilfsorganisationen, die bei Auslandseinsätzen ihr Leben verloren haben. Diese Erweiterung des gedanklichen und gedenkenden Radius ist wichtig. Es handelt sich nicht nur um die Vergangenheit, es geht auch um die Gegenwart. Krieg und Gewalt, Tod und Vergewaltigung, Flucht und Vertreibung schauen uns nicht aus einem Geschichtsbuch heraus an, sondern aus den Medien, die wir täglich wahrnehmen. Der Krieg und seine Drohung sind in unserer Welt omnipräsent. Damit ist auch die Notwendigkeit, sich für den Frieden zu engagieren, allgegenwärtig. Dies muss auch im eigenen Land geschehen, indem man die eigene Gesellschaft friedfertig und friedensfähig hält. Denjenigen entgegenzutreten, die den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg für eine historische Lappalie halten, denen zu widersprechen, die Menschen anderer Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung ausgrenzen wollen, gegen die zu protestieren, die meinen, Demokratie und Grundrechte für alle seien ein Luxusgut, das wir uns nicht mehr leisten könnten, ist nicht immer einfach. Es fordert Zivilcourage von jeder und jedem Einzelnen. Demokratie ist anstrengend. Frieden braucht Mut. Der Volkstrauertag erinnert daran, was geschieht, wenn uns dieser Mut verlässt. Ohne Frieden ist alles nichts. Das Ritual des Volkstrauertags führt Menschen zusammen, im Trauern, im Gedenken und im Nachdenken. Das wiederkehrende und rituell vollzogene Gedenken entwickelt Resonanz – hoffentlich in breiten Teilen der Gesellschaft. Wenn wir keine weiteren Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft hinnehmen wollen, müssen wir uns engagieren. Der Volkstrauertag erinnert daran – und ist heute so aktuell wie vor hundert Jahren. ■

Der Autor, Wolfgang Schneiderhahn, war der 14. Generalinspekteur der Bundeswehr und damit der ranghöchste Offizier in der Spitzengliederung der Bundeswehr. Seit 2017 ist er der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

STANDPUNKT.

Telearbeit und mobiles Arbeiten

*Hinweise für Interessierte und
militärische Vorgesetzte*

Telearbeit und mobiles Arbeiten sind aus dem dienstlichen Alltag nicht mehr wegzudenken. Gerade in der COVID-19-Pandemie hat sich dies überdeutlich gezeigt. Aber auch in normalen Zeiten nimmt die Bedeutung von Telearbeit und mobilem Arbeiten zu, denn die Lebensentwürfe der Soldatinnen und Soldaten sind in ihrer Vielfalt ein Spiegelbild unserer offenen und demokratischen Gesellschaft mit sich wandelnden Vorstellungen, Notwendigkeiten und Bedürfnissen. Besonders das Spannungsfeld der Vereinbarkeit von Familie und Dienst hat sich in den letzten Jahrzehnten gravierend gewandelt. Familien tragen mehr noch als in der Vergangenheit die zusätzlichen Lasten des Soldatenberufes. Hier bieten die verschiedenen Modelle der Telearbeit und des mobilen Arbeitens große Chancen der Entlastung. Trotz vorhandener Regelungen ist die Umsetzung jedoch weiterhin von Unsicherheiten, Vorbehalten und Vorurteilen geprägt.

Die GKS macht mit diesem Flyer ein Angebot zur Verbesserung der Handlungssicherheit von Soldat*innen und Vorgesetzten und liefert einen Beitrag zur Diskussion der Maßnahmen des Programms „Innere Führung heute“.



Außenseite Flyer zur Telearbeit



Innenseite Flyer zur Telearbeit

Für Interessierte: Fragen für einen guten Weg

- » Was ist mein Ziel, das ich durch Telearbeit erreichen will?
- » Habe ich die für mich verfügbaren Informationen gesammelt und Erfahrungen aus dem Kameradenkreis abgefragt?
- » Habe ich einen Plan zur Umsetzung meiner Idee mit meiner Familie entwickelt?
- » Habe ich bei meinen Überlegungen den Ausgleich zwischen den persönlichen Interessen und dem dienstlichen Interesse berücksichtigt?
- » Habe ich das Gespräch mit dem Vorgesetzten – im Vorfeld der Antragsstellung – gesucht, um meine Gründe und Motivation zu erläutern?
- » Bin ich mir meiner spezifischen Selbstverantwortung beim mobilen Arbeiten oder als Telearbeitender bewusst und handle danach?
- » Welche Formen des Feedbacks und der Reflexion der Erfahrungen werden vereinbart und wie werden diese praktisch verankert?

Für die innere Führung: Herausforderungen & Notwendigkeiten

Telearbeit und mobiles Arbeiten sind feste Bestandteile des Gestaltungsfeldes „Vereinbarkeit von Familie und Dienst“. Daraus ergeben sich mindestens folgende Notwendigkeiten:

- » Integration des Themenkomplexes Telearbeit und mobiles Arbeiten in die Ausbildung des Führungsnachwuchses
- » Stärkung der Führungsverantwortung in Auftrag und Mittel sowie ebenengerechtes Führen
- » Vorausschauende Planung und zeitgerechte Information der Betroffenen, wenn dienstliche Erfordernisse Telearbeit und mobiles Arbeiten temporär einschränken

Für Vorgesetzte: Fragen für eine gute Führung

- » Akzeptiere ich Telearbeit und mobiles Arbeiten als Mittel zur attraktiven und fürsorglichen Gestaltung des täglichen Dienstes?
- » Habe ich mich als Vorgesetzte/r über die Rahmenbedingungen und Ausgestaltungsmöglichkeiten der Telearbeit und des mobilen Arbeitens und die vorliegenden Erfahrungen damit informiert?
- » Suche ich das Gespräch vor meiner Entscheidung:
 1. über die persönliche Situation und Motivation des Antragstellers?
 2. über die von der Entscheidung betroffenen dienstlichen Belange und die Belange des Teams?
 3. über Alternativen?
 4. über die weiteren Schritte der Antragsentscheidung?
 5. über meine Erwartungshaltung hinsichtlich der Aufgabenwahrnehmung?
- » Wie habe ich mein Team in die Entscheidung über den Antrag eingebunden?
- » Nehme ich meine Führungsverantwortung in der Umsetzung des Antrages umfassend wahr?
- » Wie gestalte ich den täglichen Kontakt im Rahmen der Telearbeit/des mobilen Arbeitens?
- » Wie organisiere ich eine aktive Evaluation, um die Praxistauglichkeit der getroffenen Regelungen zu prüfen?

Und für alles, was die genauen Regelungen, Voraussetzungen und Vorgaben betrifft, lohnt ein Blick in die ZDv A-2645/1 „Telearbeit und mobiles Arbeiten“ und die entsprechende Suche im Intranet, wo viele Informationen und Kontaktdaten zu finden sind. ■

CORONA – „Auf einmal waren Dinge möglich, die

Uta Raabe

Diplom-Theologin und Leiterin des Bereichs Pastoral im Erzbistum Berlin

Wie jeden trafen die Einschränkungen, die mit der Pandemie gesetzt wurden, auch die Kirchen unvorbereitet. Menschen waren einer Situation ausgesetzt, die so vergleichbar für sie noch nie da war. Das Spektrum der Reaktionen war weit und reichte vom Zumachen und sich in die eigenen vier Wände zurückziehen bis hin zu vielfältigen anderen Formen pastoralen Handelns unter den möglichen Bedingungen. Die großen öffentlichen Veranstaltungen, die sakramentalen Feiern, die Gottesdienste waren nicht möglich. Pastorales Handeln wurde öffentlich nicht wahrgenommen. Vieles blieb – gerade in der Zeit des Lockdowns – unter der Wahrnehmungsschwelle. Papst Franziskus brachte dies in einem seiner vorösterlichen Gottesdienste während der ersten Phase der Corona-Krise treffend auf den Punkt: **„Wie viele Menschen beten für das Wohl aller, spenden und setzen sich dafür ein! Gebet und stiller Dienst – das sind unsere siegreichen Waffen.“**

Menschen haben gelernt oder lernen es immer noch, bei allem einen „Plan B“ zu denken, immer mindestens eine Alternative mitzudenken, wenn die Alternative „ausfallen lassen“ keine Alternative ist. Und auf einmal waren Dinge möglich, die man vorher gar nicht für möglich gehalten hätte oder nicht für nötig befunden hatte. Kirchen wurden für viele Stunden offen gehalten, viele beteiligten sich daran, dies zu ermöglichen. Die offene Kirche als ein Ort, an dem ich meine Sorgen lassen kann – wenigstens für einen Moment. Als ein Ort, an dem ich auf ein altes Ritual zurückgreifen und einfach eine Kerze anzünden kann, meine Sorgen für einen Moment – vielleicht mit einem tiefen Seufzer – gen Himmel schicken kann. Hier muss ich nichts tun, hier kann ich sein!

Priester haben in den offenen Kirchen gerade vor Ostern die Beichtzeiten erweitert. Manche mussten die Erfahrung machen: **„Ich war den ganzen Tag in der Kirche und es ist nur ein Einziger zur Beichte gekommen.“** (Zitat von Unbekannt) Die Messen der Kar- und Ostertage waren für einige furchtbar, weil sie allein in einer (großen) Kirche Gottesdienst feiern mussten. Für andere war es eine große Herausforderung, die Kar- und Ostertage zu Hause zu feiern. Und es war keineswegs so, dass man sich nicht zu helfen wusste. Die Internetseiten der Bistümer und Pfarreien waren voll von guten Anregungen, Tod und Auferstehung Jesu Christi zu Hause zu feiern. Die Situation an Ostern erinnerte an die Situation des Volkes Israel im Babylonischen Exil: Weil man nicht gemeinsam im Tempel beten konnte, verlagerten sich die Gebete in die häusliche Gemeinschaft.

„Ich kann die schweigende Gemeinde hinter ihrem Mundschutz nur schwer ertragen“

Das gemeinsame Singen im Gottesdienst war lange Zeit gar nicht und ist auch jetzt nur eingeschränkt möglich. Das ist bitter: **„Ich kann die schweigende Gemeinde hinter ihrem Mundschutz nur schwer ertragen.“** (Zitat von Unbekannt) Auf der anderen Seite hat erst die Corona-Krise eine Vielfalt und Fülle anderer musikalischer Beteiligungsformen möglich gemacht. Kirchenchöre teilen sich in kleine Gruppen, wechseln sich ab und gestalten als Schola den Gottesdienst musikalisch mit. Organist*innen erfahren eine andere Art der Wertschätzung für ihren Dienst an der Orgel. **„Ich erlebte mich auf einmal als Teil der Verkündigung, nicht als nette Zutat oder Dekoration. Der Gottesdienst war erst zu Ende, als der letzte Ton der Orgel verklungen war.“** (Zitat von Unbekannt)

In vielen Gemeinden wurden am Beginn der Pandemie die sonntäglichen Gottesdienste im Internet gestreamt. Auch das hätte es ohne Corona so wohl nur kaum gegeben. **„Ich schaue mir lieber den gestreamten Gottesdienst aus meiner Kirche an, auch wenn die technische Qualität vielleicht nicht so gut ist. Die Nähe zu dem Ort und zu den wenigen Menschen, die ich dort sehe, ist mir wichtiger als eine gute Übertragung im Fernsehen.“** (Zitat von Unbekannt) Die Übertragungen per (Live-)Stream boten die Möglichkeit, sich an etwas Wertvolles und Wichtiges erinnern zu können und auf andere Art und Weise in Verbindung zu bleiben. Digitale Welten wurden in einem rasanten Tempo für pastorales Handeln erschlossen. Neben den übertragenen Gottesdiensten wurden Gottesdienste in den sozialen Medien gefeiert: Gottesdienste interaktiv. Und es zeigte sich, dass sich Menschen hier zum gemeinsamen Beten versammelten, die sich an einem realen Ort nie getroffen hätten. Die territorialen Grenzen einer Pfarrei spielen keine Rolle mehr.

„Wir haben den Kontakt mit älteren Menschen gehalten“

Gleiches gilt für Glaubensgespräche und die Vorbereitung auf die Sakramente: Digitale Glaubenskommunikation ist keine Notlösung, die es nach der Krise nicht mehr braucht. Sie ermöglicht andere Formen der Verkündigung. Und was war und ist mit jenen Menschen, die an diesem sozialen Leben nicht teilhaben können, weil sie keinen Zugang zu digitalen Medien haben? **„Wir haben alle Seniorinnen und Senioren am Beginn der Pandemie angeschrieben und Hilfe beim Einkaufen angeboten. Keiner hat sich zurückgemeldet. Dann haben wir alle antelefoniert. Und die einhellige Rückmeldung war, dass es für die tägliche Sorge die Hilfe der Gemeinde nicht braucht – das haben die Nachbarn übernommen.“** (Zitat von Unbekannt) Wofür braucht es die Gemeinde dann? **„Wir haben den Kontakt mit den älteren Menschen gehalten und jede Woche ein kleines Zeichen der Verbundenheit in den Briefkasten gesteckt. Mal war es eine Karte, mal war es ein Gebet, mal ein Bild, das Kinder gemalt haben. Und manchmal kamen auch Karten zurück: Ich bete für dich.“** (Zitat von Unbekannt)

Die Übertragungen per (Live-)Stream boten die Möglichkeit, sich an etwas Wertvolles und Wichtiges erinnern zu können und auf andere Art und Weise in Verbindung zu bleiben.



Foto: Pixabay

In letzter Zeit wurde oft davon gesprochen, dass die COVID-19-Pandemie nur das offenbart, was vorher schon da war – sei es positiv, sei es negativ. **„Corona erlebe ich wie ein Brennglas: Was vor Corona falsch lief, wird jetzt noch deutlicher wahrgenommen. Die Vor-Corona-Zeit zu verherrlichen, ist schräg. Als ob vor Corona in der Gemeinde alles rund gelaufen wäre und am Aufblühen war und jetzt mitten in der Krise alles am Boden liegt. Das stimmt nicht.“** (Zitat von Unbekannt)

„Es ist die Bewegung, die den Unterschied macht“

Gemeinden, die darauf setzten, dass die Menschen zu ihnen kommen, blieben leer. Gemeinden, die vielfältige Beteiligungen ermöglichten, fanden oft auch ungewöhnliche Möglichkeiten, **„Zeugnis zu geben von der Hoffnung, die uns erfüllt“** (vgl. 1 Petr 3,15). Es ist die Bewegung, die den Unterschied macht: Hier sein und warten oder hingehen und für den anderen da sein.

Die Pandemie und die mit ihr verbundenen Einschränkungen fordern uns heraus, pastoral anders zu handeln als bisher. Wir werden nach der Pandemie nicht mehr dort anknüpfen können, wo wir vor dem Ausbruch der Pandemie waren. Der Vorsitzende der Pastorkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Franz-Josef Bode, sagte am Ende der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz im September, dass die Pastoral der Zukunft **„weniger klerikerzentriert, dafür aber mit engagierten Gläubigen und damit auch partizipativer, selbstbestimmter und vielfältiger“** sein werde.

Aufgabe der Pastoral wird es vermehrt sein, mit „Social Distancing“ gegen die soziale Isolation zu handeln: Soziale Nähe ermöglichen – mit räumlicher, physischer, körperlicher Distanz. Trotz Abstand Nähe spüren und über die Ferne sich nah bleiben. Gott tut nichts anderes.

Was ist mit Weihnachten? Weihnachten findet statt, ob mit oder ohne gemeinsamen Gottesdienst. Mein Wunsch für Weihnachten ist ganz einfach: Ich wünsche jedem Menschen die Begegnung mit einem anderen Menschen, der ihm ein Weihnachtslächeln auf das Gesicht zaubert und dadurch erfährt, dass Gott Mensch geworden ist – nicht mehr und auch nicht weniger. ■



Der Status der Hagia Sophia

Das Dokument „Nostra aetate“ des II. Vatikanischen Konzils von 1965 fordert „Hochachtung gegenüber den Muslimen, gegenseitiges Verstehen“, und ermahnt, vergangene Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslimen „beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit“.

Gegenseitiger Respekt und Zusammenhalt

Diese neue Haltung gegenüber des Islam drückt sich konkret auch im Handeln der Päpste aus. Papst Paul VI. richtete 1974 die Päpstliche Kommission für religiöse Beziehungen zu den Muslimen ein mit dem Ziel, die religiös-kulturellen Kontakte mit der islamischen Welt zu pflegen. Für Papst Johannes Paul II. war das christlich-islamische Verhältnis von Anfang an ein wichtiges Anliegen. Auf seinen zahlreichen Reisen ließ er keine Gelegenheit aus, in Grußworten gegenseitigen Respekt und Zusammenhalt

zwischen den Menschen anzumahnen, so auch 2001 beim ersten Besuch eines Papstes in einem islamischen Gotteshaus, der spätantiken Moschee von Damaskus. Auch Papst Benedikt XVI. bemühte sich um einen Dialog mit den Muslimen. Obwohl seine „Regensburger Rede“ 2006 gewisse Kontroversen hervorrief, untermauerte der Papst, dass diese in einem akademischen Kontext zu sehen sei und in erster Linie geschichtliche Spannungen reflektiere. 2019 setzte Papst Franziskus mit seiner Reise nach Abu Dhabi als erster Papst einen Fuß auf die Arabische Halbinsel. Seit den 1960er Jahren gibt es zahlreiche pastorale Initiativen zur Verbesserung des christlich-islamischen Dialoges, zum Beispiel bei Taizé in Frankreich.

Christlich-islamischer Dialog

Das Verhalten der katholischen Kirche seit dem II. Vatikanischen Konzil (1962–1965) ist in einem größeren, weltpolitischen Zusammenhang zu sehen. Nach den Schrecken zweier Weltkriege gründeten sich in Nachfolge

des Völkerbundes die Vereinten Nationen 1945 in New York, um dem Frieden in der Welt zu dienen. Der Dialog zwischen den Staaten und Völkern, Kulturen und Religionen, stellt auch heute noch ein zentrales Anliegen der UNO dar. Der Heilige Stuhl bzw. die katholische Weltkirche sehen sich als Teil dieser Bemühungen um Frieden in der Welt und um Förderung eines Weltgemeinwohles, das von Überlegungen zum Gemeinwohlprinzip der christlichen Soziallehre beeinflusst wird.

Auch die Politikwissenschaft greift diese Überlegungen über ein „Weltgemeinwohl“ in der politischen Theorie von „Global Governance“ auf. Hierzu gehört auch im Rahmen der UNESCO die Bewahrung des Weltkulturerbes der Menschheit. Die spätantike Hagia Sophia des Kaisers Justinian (527–565 n. Chr.) und seiner Ehefrau Theodora in Konstantinopel, dem heutigen türkischen Istanbul, zählt zu einer der bedeutendsten Stätten des Weltkulturerbes. Mehr als das noch ist die Hagia Sophia ein politisches Machtsymbol, welches die historischen Spannungen zwischen christlicher und islamischer Welt reflektiert. Insbesondere aus einer christlichen Perspektive erinnert der Sakralbau oft an den Fall Konstantinopels 1453, mitunter bedingt durch das fehlende Eingreifen europäischer Mächte, vor allem von Venedig.

Aus islamischer – und explizit türkischer Perspektive – ist der Einzug Mehmeds II. in die Hagia Sophia Ausgangspunkt für den imperialen Aufstieg der Osmanen und bis heute ein Symbol des Sieges. Dieser geschichtlich-politischen Aufladung zum Trotz bietet die Hagia Sophia, die seit Juli 2020 wieder als Moschee genutzt wird, im Herzen der Istanbul Altstadt auch Ansätze für Versöhnung und Frieden. Die Koexistenz orthodoxer Fresken und islamischer Kalligrafie im Hauptschiff des Baus ist ein monumentales Beispiel der symbolischen Verständigung zwischen den beiden monotheistischen

Religionen. Ein Blick auf die aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei und um die Hagia Sophia offenbart jedoch, dass in naher Zukunft wenig Hoffnung auf Entfaltung dieses Versöhnungspotenzials besteht.

Autokratischer Herrschaftsstil Erdogans

Aus einer liberal westlichen Wertevorstellung erscheint die Politik Ankaras seit geraumer Zeit mehr als befremdlich. Der zunehmend autokratische Regierungsstil des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan schafft außerdem neue Komplexitäten in den internationalen Beziehungen. Die Neo-osmanischen Perzeptionen innerhalb der türkischen Politik zielen auf die Durchsetzung nationaler Einzelinteressen ab. Dieses Verständnis negiert nicht nur globale Grundwerte wie die Völkerverständigung und das Weltgemeinwohl, es führt auch zu neuen Spannungsverhältnissen in der Region. Aktuelles Beispiel hierfür ist, die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts der Türkei vom 10. Juli 2020, den Museums-Status der Hagia Sophia in Istanbul aufzuheben und somit den Weg zur Wiedereröffnung des Baus als Moschee zu ebnen. Innenpolitisch ist diese Entscheidung ein großer Sieg für Staatspräsident Erdoğan. In der Vergangenheit war der Rekurs auf den Islam und das osmanische Erbe ein Erfolgsgarant bei Wahlen. Die Wiedereröffnung der Hagia Sophia als Moschee ist in diesem Kontext als klare Symbolpolitik zu verstehen, um verlorene Wählerschichten im konservativen Spektrum zurückzugewinnen. Ebenso stellt die Entscheidung einen politischen Seitenhieb gegen die laizistische Cumhuriyet Halk Partisi (CHP) – die seit über einem Jahr den Istanbul Oberbürgermeister stellt – und das kemalistische Erbe in der Türkei dar. Somit steht außer Frage, dass dieser Schachzug unter den konservativ-islamischen Bevölkerungsschichten einen Sympathiegewinn erzeugen dürfte.



Links oben:

Die Hagia Sophia in Istanbul mit christlichen und muslimischen Symbolen.

Rechts unten:

Das sechsflügelige Seraph-Mosaik befindet sich hoch an der Kuppeldecke im Inneren der Hagia Sophia.

Fragwürdig ist, wie lange dieser politische Vorsprung angesichts der schwächelnden Wirtschaft und der Pandemie mit ihren Auswirkungen andauern wird.

Außenpolitische Dimension der „Hagia Sophia“

Ein Aspekt, der im innenpolitischen Diskurs der Türkei kaum Erwähnung findet, ist die außenpolitische Tragweite des Falls Hagia Sophia, insbesondere im Hinblick auf die Beziehung zum nördlichen Nachbarn Russland. Als in Istanbul noch darüber diskutiert wird, wer die erste Freitagspredigt in der Moschee halten wird, bekunden wichtige Akteure der Internationalen Beziehungen wie die EU und USA ihr Bedauern über diese Entscheidung. Die wohl deutlichsten Reaktionen kommen jedoch aus Moskau. Aus Reihen der russisch-orthodoxen Kirche ist unter anderem von „Entsetzen“ die Rede. Metropolit Hilarion, Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, macht hierbei auch politische Implikationen deutlich: **„Für alle orthodoxen Christen auf der Welt ist die Hagia Sophia ein wichtiges Symbol, wie der Petersdom in Rom für die Katholiken.“**

Diese Verlautbarungen werden auch durch die russische Politik unterstützt, die sich verhältnismäßig zurückhaltend gibt. So erinnert der Vize-Außenminister Alexander Gruschko an die symbolische Bedeutung der Hagia Sophia aus russischer Sicht und betont das Interesse Moskaus am Erhalt der öffentlichen Zugänglichkeit des Sakralbaus für alle Glaubensgruppen. Die Stimmen aus Russland verwundern nicht, wenn man sich vor Augen führt, dass sich die russisch-orthodoxe Kirche in den vergangenen Jahren zu einem integralen Bestandteil der Herrschaft Putins entwickelt hat. Ebenso wie Erdoğan nährt sich auch die Popularität Putins durch dessen starken Bezug zu religiösen Institutionen. Mehr noch: Der explizite Bezug zur Hagia Sophia erfüllt für beide Regimes eine wichtige politische Funktionalität, die sich in Form machtpolitischer Kontinuitätsansprüche äußert.

Hagia Sophia als kulturell-geschichtliches Kollektivsymbol

Die Hagia Sophia ist ein Symbol politischer Macht, welches ihre gesamte Geschichte über dafür genutzt wurde, eine religiöse und historische Legitimität von Herrschaft zu erzeugen. In ihrer römisch-kaiserlichen Periode verkörpert die Kathedrale den transzendentalen wie immanenten Machtanspruch des Oströmischen Reichs. Mit dem großen Schisma von 1054 wird sie zur Kathedrale des Patriarchats von Konstantinopel und zum Nabel der orthodoxen Welt. Zwischen der Eroberung der Stadt durch die lateinischen Kreuzritter 1204 und ihrer byzantinischen Rückeroberung 1261 fungiert die Kirche der Heiligen Weisheit als katholisches Gotteshaus. Unter der Herrschaft von Byzanz ist der Bau nicht nur Sinnbild eines religiösen Machtanspruchs, sie ermöglicht auch eine direkte Bezugnahme zum römischen Erbe, welches Byzanz für sich beansprucht. Die Konstruktion einer historischen Kontinuität über den Besitz der Hagia Sophia wirkt auch über den christlichen Kulturkreis hinaus. Nach der

osmanischen Eroberung der Stadt 1453 wandelt Sultan Mehmet II. die Kirche nicht nur in eine Moschee um, von nun an führt er auch den Titel Kayser-i Rum – Kaiser Roms. Mehmet II. stellt sich damit in eine Reihe mit den Herrschern des alten Rom und untermauert die imperialen Ambitionen der Osmanen, die sie knapp 100 Jahre später bis an die Tore Wiens führen werden. Nach einigen architektonischen Erweiterungen wird die Ayasofya Camii, wie sie nun heißt, zu einem zentralen Bestandteil der türkisch-osmanischen Kultur. Die Transformation der Hagia Sophia in eine Moschee lässt derweil neue politische Dynamiken in der christlich-orthodoxen Welt entstehen. Die Eingliederung des Patriarchats von Konstantinopel in den osmanischen Staat und die daraus resultierende Wahrnehmung einer Orthodoxie unter muslimischen Gnaden führt in Russland nicht nur zu einer religiösen Emanzipation von der griechischen Orthodoxie, sie fundiert auch den religiös konnotierten Wunsch nach einer Rückeroberung der Zargad – der Kaiserstadt. Der russische Anspruch auf die Hagia Sophia komplementiert damit das spätestens unter Iwan III. formierte Selbstverständnis des Russischen Reiches als einzig legitimen Erben des byzantinischen Christentums. Ebenso aber spielt die Hagia Sophia als Kollektivsymbol eine wichtige Rolle in der militärischen Mobilisierung der russischen Bevölkerung gegen den Sultan – schließlich befinden sich die Zaren seit Mitte des 16. Jahrhunderts in einem Dauerkonflikt mit den Türken. Für die Osmanen spielt der Bau im ausgehenden 19. Jahrhundert keine besondere Rolle mehr. Selbst als die Griechen 1919, ihrer Megali Idea folgend, weite Teile der türkischen Ägäis besetzen und damit den Anstoß zum Unabhängigkeitskrieg der Türken unter Mustafa Kemal geben, ist zu keinem Zeitpunkt von einer „Rückgewinnung“ der Hagia Sophia die Rede. Mit der Gründung der Türkischen Republik 1923 unter säkularen Vorzeichen besteht kein Bedarf mehr für eine religiöse Legitimation politischer Herrschaft. Dies scheint sich unter der religiös-konservativen Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) geändert zu haben. Das innenpolitische Kalkül ist ausschlaggebend für die Entscheidung um die Hagia Sophia. Der Bruch mit globalen Normen wie der Völkerverständigung und des Völkerrechts – insbesondere der Religionsfreiheit – wird von der Türkei ebenso billigend in Kauf genommen wie mögliche internationale Spannungen. ■

Die Autoren sind **Prof. Dr. Andreas M. Rauch**, Lehrbeauftragter an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn und im NRW-Schuldienst tätig sowie **Seçkin Söylemez**, M. A., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen.

TRILOGIE



In der letzten Ausgabe unserer Trilogie stellt die Pastoralassistentin Sylvia vom Holt die Bedeutung des Wortes Frieden im Christentum vor. >>

Sylvia vom Holt ist Pastoralassistentin mit Schwerpunkt Militärseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Insbesondere während ihres Theologiestudiums wurde ihr bewusst, dass sie die Kategorialseelsorge fasziniert – pastorale Arbeit an Orten, die auf den ersten Blick wenig mit Kirche zu tun haben. Doch gerade in diesen speziellen Bereichen, beispielsweise in der Polizeiseelsorge, im Katastrophenschutz oder in der Militärseelsorge, wird die Arbeit als Theologin oder Seelsorgerin dringend gebraucht. Deshalb hat sie sich für eine Ausbildung als Pastoralreferentin in der Militärseelsorge entschieden, weil sie der Mensch unter der Uniform interessiert.

Selbstverständlich hat Frieden im Christentum eine sehr hohe Bedeutung. Wer will das ernsthaft bestreiten. Die Frage ist nur, welcher Friede gemeint ist. Ein Blick in das Neue Testament, die verschriftlichte Ur-Kunde des christlichen Glaubens, kennt jedoch irritierende Aussagen in Bezug auf Frieden, die einer Erklärung bedürfen. So sagt Jesus beispielsweise über sich: „Denkt nicht, ich sei gekommen, um Frieden auf die Erde zu bringen (wörtlich ‚zu werfen‘). Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen (‚zu werfen‘), sondern das Schwert“ (Mt 10,34). Ist Jesus also ein Kriegstreiber, ein Kreuzritter gar? Nein, Jesus ruft zu einer Entscheidung im Glauben auf, die zu klaren Unterscheidungen führt, was mit dem Wort Schwert zum Ausdruck kommt. Denn letztlich bleibt eine Glaubensentscheidung familiär und gesellschaftlich nicht ohne Folgen, zieht Konsequenzen nach sich.

„PAX facere“ – Friedensmacher

Der Streit um eine Sache steht nicht im Widerspruch zum hohen Gut des Friedens. **Wie sieht es dann mit dem großen Weltfrieden aus?** Ein Zitat aus der Bergpredigt ist hierbei populär geworden: „**Glücklich die, die Frieden bewirken, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden**“ (Mt 5,9). „Frieden bewirken“? Ja, denn der griechische Ausdruck, der an dieser Stelle steht, lässt sich wortwörtlich mit „Friedensmacher“ übersetzen (vgl. Rudolf Schnakenburg, Kommentar zum Matthäusevangelium). Folgerichtig verwendet die lateinische Übersetzung zutreffend das Wort „pacificus“, das eine Zusammenziehung von „pax facere“ ist, das heißt: Frieden tun, machen, bewirken. Das Wort Pazifismus leitet sich hiervon ab. Ursprünglich bezog sich jene Seligpreisung wohl auf die Auseinandersetzungen rund um die früh(jüdisch)christlich Gemeinden mit ihren vielfältigen Richtungskonflikten und hatte keine weltpolitische Dimension. Dies kann insofern nicht ganz

Gekommen, um Frieden zu bringen

verwundern, als die ersten Christen noch mit der baldigen Wiederkunft ihres Herrn Jesus Christus rechneten, so dass Weltfriedenspolitik, wie wir sie heute verstehen, nicht auf der Agenda stand. Nun blieb aber die sichtbar erfahrbare Wiederkunft Jesu Christi aus. Ein Blick in die Briefe des Apostel Paulus vermag, das damit verbundene Problem auf der Zeitachse einzuordnen. Aber Entscheidungen im Hier und Jetzt standen an, vor allem als wenig später Christinnen und Christen im Römischen Reich gesellschaftliche und politische Verantwortung übernommen hatten, und zwar auch für Frieden und Krieg.

Wie kann wirklicher Friede gelingen?

Besonders Augustinus (354–430 n. Chr.) war es, der die beim römischen Rhetor und Philosophen Cicero (106–43 v. Chr.) anzutreffenden Äußerungen zum „Gerechten Krieg“ (bellum iustum) aufgriff, diese entfaltete und präzisierte, und zwar im Hinblick auf friedenspolitische Entscheidungen im Kontext des römischen Staats. Diese sogenannte Bellum-iustum-Theorie hat später der Philosoph und Theologe Thomas von Aquin (1225–1274) systematisiert. Im Zeitalter des Dreißigjährigen Krieges, der sogenannten Konfessionskriege, offenbarte sich, dass jene Lehre in eine Krise geraten war. Wie kann wirklicher Friede gelingen unter den Bedingungen der sich herausbildenden Nationalstaaten und der scheinbar nicht zu überbrückenden konfessionellen Gegensätze? In diesem Zusammenhang wird wiederholt deutlich, dass Christinnen und Christen große Verantwortung für Frieden in der Welt haben, unter welchen Bedingungen auch immer.

Lehre vom „Gerechten Frieden“

Nach mehreren grausamen Kriegen und unvorstellbaren Gewaltausbrüchen im 20. Jahrhundert haben Christinnen und Christen begonnen, eine Lehre des gerechten Friedens zu entwickeln. War die Lehre des gerechten Krieges eine Gewaltbegrenzungstheorie auf normativer Ebene, so ist der Anspruch der Lehre des gerechten Friedens der, die Bedingungen und Umstände, die Krieg und Gewalt begünstigen und befördern, strukturell zu beseitigen. Das heißt, gerechte Strukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik tragen nicht unerheblich dazu bei, das Ausbrechen von Krieg und Gewalt zu minimieren. Dass Gerechtigkeit und Frieden zwei Seiten einer Medaille sind, wird an einer Stelle im Psalter, dem Gebetsbuch Israels, in poetischer Weise formuliert: „**Gerechtigkeit und Friede küssen sich**“ (Ps 85,11). Auch vor diesem Hintergrund lässt sich die Seligpreisung „Glücklich die, die Frieden bewirken, denn sie werden Kinder Gottes genannt

„Glücklich die, die Frieden bewirken, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden.“

werden“ (Mt 5,9), tatsächlich als eine Aufforderung verstehen, Frieden in der Welt aus christlicher Verantwortung heraus aktiv mitzugestalten. Denn gerade der jesuanische Geist, der in dieser Seligpreisung so unverkennbar zum Ausdruck kommt, ist zugleich Movens für Christeninnen und Christen, sich für einen gerechten Frieden in dieser Welt einzusetzen. Dass dieser stets brüchig ist, ist bekannt. Da Christinnen und Christen keine weltfremden Schwärmerinnen und Schwärmer sind, wissen sie, dass es den himmlischen Frieden in dieser Welt nicht geben wird. Schon einige sind in der Geschichte im vermeintlichen Namen Jesu oder auch ohne ihn aufgetreten, um den ewigen Frieden herzustellen; am Ende haben sie eine Hölle hinterlassen. Ewiger Frieden oder Hölle auf Erden – ist das die Alternative? Dennoch wissen sich Christinnen und Christen von ihrem Glauben her dazu aufgerufen, alles zu tun, gerechten Frieden mit nachdrücklichem Druck und nicht nachlassendem klugen Engagement sanftmütig anzustreben und diesen zugleich von Gott zu erbitten. **„Glücklich die Sanftmütigen, denn sie werden das Land (= die Erde) erben“** (Mt 5,5). Hiermit sind alle Menschen angesprochen, unabhängig davon, ob sie Christen sind oder nicht, angesprochen. Gerechter Friede kennt schließlich keine Bekenntnisgrenzen; denn auch hier gilt ein Wort Jesu uneingeschränkt bis heute: **„An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“** (Mt 7,16). ■



Denn für dieses Leben ist der Mensch nicht schlau genug
Helmut Lethen schildert sein eigenes Leben

Die Angst vor den Bomben, eine Kindheit im Krieg – damit beginnen Helmut Lethens Erinnerungen, die durch mehr als sieben Jahrzehnte bundesdeutscher Geschichte führen: Der Schock, als er mit achtzehn Jahren zum ersten Mal mit dem Holocaust konfrontiert ist. Das Gefühl der Befreiung, als er vom biedereren Bonn in das viel liberalere Amsterdam zieht, um dort zu studieren. Schließlich das von Aufruhr und Protest aufgewühlte Berlin: Hier demonstriert Lethen 1967 gegen den Besuch des Schahs. Helmut Lethen berichtet in seiner Autobiografie von all dem, was ihn geprägt hat: von politischen und denkerischen Experimenten, von Weggefährten sowie Ideengebern wie Adorno und Enzensberger. Ein Entwicklungsroman der Bundesrepublik – wie ihn nur noch wenige Intellektuelle zu erzählen vermögen.

Helmut Lethen
Erschienen 2020, 24 Euro
Rowohlt Verlag



Foto: NDR

Der Zug der Seuche
Podcast

Die Podcast-Serie „Der Zug der Seuche“ gibt Aufschluss darüber, wie Länder unterschiedlich auf den Ausbruch reagiert haben. China stand in der Kritik dafür, zunächst die Anzeichen einer neuen Pandemie vertuscht zu haben. Später ging die Führung in Peking rigoros vor und konnte durch autoritäre Maßnahmen die Ausbreitung eindämmen. In Taiwan gelang die Eindämmung gut, weil die Behörden schnell reagierten. US-Präsident Trump verhinderte striktere Einschränkungen, was die Zahlen der Infizierten bis heute in die Höhe treibt. Die deutschen Behörden ergriffen zahlreiche Maßnahmen, die Ausbreitung wurde gebremst. Aus acht Ländern haben Reporter*innen Material zusammengetragen, um nachzuzeichnen, welchen Verlauf Corona vom Ausbruch in Wuhan bis nach Deutschland genommen hat. **Der fünfteilige NDR Info Podcast ist in der ARD Audiothek abrufbar: <https://www.ardaudiothek.de/der-zug-der-seuche/79122528>**



Foto: Tobis

Greenland
Kinofilm

Während ein Komet auf Kollisionskurs mit der Erde ist, bricht ein globales Chaos aus. Die Zeit läuft davon, doch eine Familie kämpft verbittert ums Überleben. John Garrity setzt alles daran, um seine Frau Allison und seinen Sohn Nathan in Sicherheit zu bringen. Auf dem Weg zu einem potenziellen Zufluchtsort macht die Familie Erfahrungen mit den besten und den schlechtesten Eigenschaften der Menschheit. Filmstars.de schreibt als Fazit: „**Greenland ist ein Katastrophenfilm, der mit Spannung und Emotionen statt mit Effektwittern mitreißt. Haben wir in dieser Form lange nicht mehr gesehen – eine schöne Überraschung!**“



Atlas der Gefahren
Schweisstreibende Lektüre

Vorsicht: Weiterlesen nur auf eigene Gefahr!

Die Orte, die hier vorgestellt werden, sind gefährlich, unheimlich, unbewohnbar. Doch es gibt einen Weg, sie zu erkunden, und zwar ohne Risiko und ganz entspannt. Dieser Atlas führt mit spektakulären Fotos und außergewöhnlichen Karten zu 80 der gefährlichsten Orte der Welt: vom Tal des Todes im Osten Russlands bis zum radioaktiv verseuchten Bikini-Atoll, vom Vulkankrater des Kelut auf Java bis zum berüchtigtsten Gefängnis der USA. Gespickt mit spannenden Fakten über Geografie, Flora und Fauna, besticht der Band vor allem durch die lebendigen Beschreibungen und die eindrucksvolle Gestaltung, die die faszinierende Atmosphäre dieser Orte hautnah spürbar werden lassen.

Arnaud Goumand/Ophélie Chavaroche
166 Farbfotos, 65 Farbzeichnungen
Erschienen 2020, 38 Euro



Foto: Berlin Verlag

Rache der Verlierer
Politische Morde von rechts

Die Geschichte des rechten Terrors in Deutschland begann nicht mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten, sondern vor 100 Jahren mit einer Verschwörung gegen die deutsche Demokratie, gefolgt von einer blutigen Mordserie. Die Täter in der frühen Weimarer Republik hatten dieselben Motive, Ressentiments und Ziele wie die Rechtsterroristen von heute. Ihre tödliche Entschlossenheit beruhte auf Milieus und Gefühlswelten, auf Strukturen und Netzwerken, die überall wieder möglich und nie ganz verschwunden sind. Florian Huber spürt diesen Parallelen in einer spannenden Erzählung nach, die in der spektakulären Ermordung des deutschen Außenministers Walther Rathenau gipfelt. Er zeigt, wo sich Geschichte wiederholt – der wo sie genau so weitergeht.

Florian Huber
Erschienen 2020
288 Seiten, 24 Euro

Welche berühmte Persönlichkeit möchten Sie gern treffen?
Vladimir Putin.

Für welche Dinge in Ihrem Leben sind Sie dankbar?
Für meine Familie und meine Partnerin. In den letzten Monaten auch immer bewusster für meine Gesundheit.



Sie dürften eine Sache auf der Welt verändern. Welche wäre das?
Ich würde den Neid und die damit einhergehende Missgunst aus den Gedanken der Menschen entfernen.

Auf welche Frage hatten Sie in letzter Zeit keine Antwort?
Ehrlicherweise gerade auf diese Frage.

Auf was können Sie im Leben nicht verzichten?
Auf die Unterstützung der mir am nächsten stehenden Menschen.

Wofür oder für wen würden Sie nachts aufstehen?
Vermutlich für jeden, wenn er/sie freundlich fragt und es schafft, mich zu wecken.

Wenn Sie sich ein Land aussuchen könnten, in welchem würden Sie gerne leben?
Neuseeland war schon immer ein Land, in dem ich mir ein Leben vorstellen könnte. Aber auch Island wäre vorstellbar.

Warum üben Sie heute den Beruf aus, in dem Sie arbeiten?
Als Soldat ist die Vielseitigkeit des Berufes für mich attraktiv. Es sollte etwas Besonderes sein, dessen ich mich verschreibe. Die Möglichkeit, das Leben von Menschen in Not zu verbessern, ist mehr Antrieb, als am Ende des Jahres die richtigen Zahlen zu schreiben.

Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, welche wären das?
Ich wünschte mir für jeden genau wie für mich: Zeit, Gelassenheit, weniger Missmut.

An was glauben Sie?
Als Katholik glaube ich entsprechend meiner Religion an Gott, seinen Sohn und den heiligen Geist, und mit etwas Skepsis auch an die Kirche – damit verbunden aber vor allem an Gerechtigkeit und das Gute im Menschen, auch wenn dieser Glaube häufig belastet wird.

Menschen in der GKS | Lukas Ruißinger
Vorsitzender des GKS-Kreis in Neubiberg

„Ich wünsche mir für unsere GKS, dass sie den Punkt nicht verpasst, sich anzupassen und gleichermaßen der Werte treu zu bleiben, die sie verkörpert.“

Wo haben Sie Ihren letzten Urlaub verbracht?
Im Berchtesgadener Land, nahe Bad Reichenhall.

Was darf in Ihrem Urlaubskoffer niemals fehlen?
Frische Unterwäsche, schätze ich.

Was wünschen Sie sich für die GKS?
Zeiten ändern sich und die Gesellschaft sich mit ihr. Ich wünsche mir für unsere GKS, dass sie den Punkt nicht verpasst, an dem es gilt, sich anzupassen und gleichermaßen der Werte treu zu bleiben, die sie verkörpert. ■

VORSCHAU

HEFT 308
erscheint im
März 2021



© iStockphoto.com

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE:

Die USA haben gewählt!
Stimmen zur Wahl

Superwahljahr 2021 in Deutschland
Zur Bundestagswahl und zu den Landtagswahlen

Bundeskonzferenz – Wahlen in der GKS
Der Synodale Weg – Gedanken eines Synodalen

Themenvorschläge zum Titelthema der nächsten Ausgabe
nimmt die Redaktion des AUFTRAG gern bis zum
31. Dezember 2020 entgegen.

IMPRESSUM

AUFTRAG ist die Verbandszeitschrift der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten
(GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

HERAUSGEBER:
GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de

REDAKTION:
Verantwortliche Redakteurin:
Nadin Schley V. i. S. d. P.

TITELFOTO:
Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:
Redaktion AUFTRAG
Am Weidendamm 2
10117 Berlin
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen
wird keine Haftung übernommen.
Namensartikel werden allein vom
Verfasser verantwortet. Nicht immer
sind bei Nachdrucken die Inhaber von
Rechten feststellbar oder erreichbar. In
solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich
der Herausgeber, nachträglich geltend
gemachte rechtmäßige Ansprüche
nach den üblichen Honorarsätzen
zu vergüten. Nachdruck, auch
auszugsweise, nur mit Genehmigung
der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:
GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18
BIC: GENODED1PAX

LAYOUT:
Editorial Publishing Berlin e. K.
Eberhard-Roters-Platz 14
10965 Berlin

DRUCK:
DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH
Wilhelm-Kabus-Str. 21-35
10829 Berlin

REDAKTIONSSCHLUSS:
10. Oktober 2020